

107542

186
6

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD = Oslo

Oslo, den 15.7.1942

Tgb.Nr. 31/42g

20. VII

Geheim!

N.R.

Oben - Seite 45

Schiff im Ausland - Anlauf
zu 7 Tag

Meldungen aus Norwegen

Nr. 42

mit 29/2 Brief

Commandant
28. JUL 1942
735/42 gel

A.O.K. Norwegen (1c)
Eing.: 23 JUL 1942
Nr.: 3143 / 42g
Anl.:

Vorliegender Bericht ist nur **persönlich** für den Empfänger bestimmt und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen **unüberprüft** übersandt wird.

(XXXXXXXXXXXXXX)

Inhaltsübersicht.

A - Allgemeine Lage.

- a) Stimmung.
Seite: 1 - 3
- b) Innerpolitische Entwicklung.
Seite: 4 - 8

B - Gegner.

- a) Allgemeine Widerstandsorganisation.
Seite: 9 - 12
- b) Kommunismus, Marxismus, Sabotage.
Seite: 11 - 12
- d) Kirche.
Seite: 13 - 15

C - Lebensgebiete.

- a) Nasjonal Samling.
Seite: 16 - 21
Germanische SS Norwegen - Seite 22 - 23
- b) Volkstum und Volksgesundheit.
Seite: 24 - 25
- c) Kulturelle Gebiete. Seite 26 - 37
Seite: 26 Wissenschaft und Hochschule
" 27 - 29 Schule und Erziehung
" 30 - 33 Film
- d) Verwaltung und Recht.
Seite: 38 - 40
- e) Wirtschaft.
Seite 41 - 54.

Anlagen: "Schwedische Presse"
Wirtschaftsbericht.

A - Allgemeine Lage.a) Stimmung.

Die militärische Aktivität Deutschlands an der Ostfront und an der nordafrikanischen Front sowie die deutschen Erfolge zur See bestimmen weiterhin die stimmungsmässige Haltung der Bevölkerung.

[Der Pessimismus, der seit dem Fall von Tobruk die Stimmung der gegnerischen Kreise kennzeichnet, hält weiter an. Die verschiedentlich weitergegebenen Meldungen von englisch-amerikanischen militärischen Absichten finden eine durchaus skeptische Aufnahme in der Bevölkerung.] Bezeichnenderweise wird die letzte Zusammenkunft zwischen Roosevelt und Churchill nachträglich unter dem Eindruck der Vernichtung des großen Colossaltuges im nördlichen Eismeer als ein bedeutungsloses Ereignis kommentiert. Allgemein schenkt die Bevölkerung der deutschen und NS-Propaganda sowie der Inlandspresse eine grössere Aufmerksamkeit.

Früher neuerlich sind die ersten Anzeichen dafür vorhanden, daß sich die Bevölkerung langsam wieder von dem durch die deutschen Erfolge der letzten Wochen ausgelösten Schock erholt.

[So wird mit einiger Erleichterung die Tatsache festgestellt, daß es Generalfeldmarschall Rommel bisher nicht gelungen ist, bis zum Suezkanal durchzubrechen. Obgleich man weiterhin zu einer besorgten Auffassung von der Lage in Nordafrika neigt, glaubt man doch aus der Tatsache des "Mißlingens" des deutschen Vorstosses zum Suezkanal den Schluß ziehen zu können, daß die Deutschen an allen Fronten große Siege erringen könnten, ohne jedoch in der Lage zu sein, eine kriegsentscheidende Niederlage der Alliierten zu erzwingen.]

In derselben Weise versucht man nunmehr auch die deutschen Erfolge an der Ostfront zu deuten. Trotzdem man unter dem Eindruck der in den Inlandszeitungen wiedergegebenen pessimistischen englischen und amerikanischen Pressekommentare

über die Lage in Rußland steht, meint man, daß die letzten deutschen Sondermeldungen vom östlichen Kriegsschauplatz weit hinter den Erwartungen zurückblieben. Die Zahl der von deutscher Seite gemachten Gefangenen lasse erkennen, daß die diesjährigen deutschen Erfolge, die des Vorjahres bei weitem nicht erreichten. Im übrigen enthielten diese Sondermeldungen nur recht dürftige Ortsangaben, was auf ein langsames Tempo des deutschen Vormarsches schliessen lasse.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß der Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht über die deutschen Verluste während des ersten Jahres des Ostfeldzuges fast allgemein keinen Glauben findet. Selbst in positiv eingestellten Kreisen wird vermutet, daß die vom OKW angegebenen Zahlen zu niedrig gegriffen seien.

Fast ganz allgemein wird die gegenwärtige militärische Lage dahingehend kommentiert, daß die deutschen Erfolge erwiesen hätten, [daß mit einem deutschen Zusammenbruch in allernächster Zeit nicht gerechnet werden könne. Deutschland sei doch noch stärker als man angenommen habe. Die vor dem Beginn der deutschen Offensive in Nordafrika ständig zunehmende Hoffnung, daß Deutschland noch im Laufe dieses Jahres aus Mangel an Menschen und Material und aufgrund innerer Schwierigkeiten zusammenbrechen würde, wird nunmehr als verfehlt erkannt.]

Diese sich in starkem Maße weiterhin durchsetzende Erkenntnis hat zu der Auffassung geführt, daß der Krieg noch sehr lange dauern werde.]

Diese Auffassung wirkt sich u.a. auch dahingehend aus, daß die Versorgungslage Norwegens in verstärktem Masse in den Mittelpunkt besorgter Betrachtungen gerückt ist. So wird zum Beispiel festgestellt, daß es im Augenblick für die Hausfrauen außerordentlich schwierig sei, ein sättigendes Mittagessen zusammenzustellen. Die Tatsache, daß es selbst jetzt schon sogar an Fisch mangle, wird als bedeutungsvolles Warnungszeichen für den kommenden Winter angesehen.

- 3 -

Mit besonderer Sorge wird das Thema der Versorgung im kommenden Winter in Arbeiterkreisen erörtert. Man weist hier in diesem Zusammenhang auf den ständig grösser werdenden Unterschied zwischen dem Steigen der Lebenshaltungskosten und dem Gleichbleiben der Löhne hin.

Ferner wird gerade in Arbeiterkreisen in diesem Zusammenhang auf das wenig energische Durchgreifen der norwegischen Polizeibehörden gegenüber dem Schleichhandel hingewiesen.

b) Innerpolitische Entwicklung.

Die innerpolitische Lage ist z.Zt. zur Hauptsache durch die Tatsache gekennzeichnet, daß der größte Teil des öffentlichen Interesses von den militärischen Ereignissen in Nordafrika, Sowjetrußland und auf dem Atlantik in Anspruch genommen ist.

[Die Anteilnahme der Bevölkerung an innerpolitischen Vorgängen ist dementsprechend gering. Es kommt ferner hinzu, daß die augenblickliche Sommerurlaubsperiode eine zwangsläufige Abschwächung des innerpolitischen Interesses zur Folge hat.]

Bezeichnend für diese Situation ist u.a. die Tatsache, daß die Redaktion eines illegalen Flugblattes in ihrer letzten Nummer mitteilte, sie ginge jetzt für einige Wochen auf Urlaub. In dieser Zeit werde das Blatt vorübergehend sein Erscheinen einstellen.

Diese Situation dürfte mit dazu beigetragen haben, daß die Ordination der beiden NS-Bischöfe von Oslo und Skien Fröisland und Zwilgmeyer keine starke öffentliche Reaktion ausgelöst hat. So wird z.B. in einem Bergener Bericht festgestellt, daß die Einsetzung der Bischöfe ruhiger aufgenommen worden sei, als zunächst nach Lage der Dinge hätte angenommen werden können. Aus Fredrikstad wird berichtet, daß die Vorgänge um die Einsetzung der NS-Bischöfe - einschließlich des von gegnerischen kirchlichen Kreisen organisierten Protestes - von der Bevölkerung eigentlich nur zur Kenntnis genommen worden seien. Eine Erregung sei nicht feststellbar gewesen. In einem Bericht aus Stavanger wird darauf hingewiesen, daß die am 3.7. stattgefundene Ordination von 9 neuen Pfarrern eine bedeutend stärkere Reaktion ausgelöst hätte als die Einsetzung der beiden Bischöfe. Man erklärt, es sei unerhört, daß Laien zum Pfarreramte berufen würden und meint, daß dieses ein weiterer Schritt zur Auflösung der Staatskirche sei. Der Aufruf der NS-Bischöfe, in dem auf die Gehorsamkeitspflicht des Christen gegenüber jeder Obrigkeit hingewiesen wird, ist in der Bevölkerung Stavangers fast allgemein mit Ablehnung aufgenommen worden. Nach der in diesem Aufruf zum Ausdruck kommenden

Logik, so wird erklärt, müsse man ja auch verpflichtet sein, sich "irgendeiner Räuberbande", der es durch Gewalt oder List gelungen sei, die Herrschaft an sich zu reißen, unterzuordnen.

Bemerkenswert ist der Kommentar der Flugblattzeitung "Whispering Times" zur Ordination des Bischofs Fröisland insofern, als er erkennen läßt, daß man in gegnerischen kirchlichen Kreisen den "Verlust Fröislands" bedauert. Es heißt dort nämlich u.a.: "Mit Besorgnis hat man feststellen müssen, daß ein Mann wie Fröisland, der früher einiges Vertrauen genoß, sich aus Ehrgeiz oder niedriger Gewinnsucht an Quisling verkauft hat."

Trotz der im allgemeinen verhältnismässig ruhigen Aufnahme der Einsetzung der beiden NS-Bischöfe sind bisher keine Anzeichen dafür zu erkennen, daß sich die Schroffheit der sich in der Kirchenfrage gegenüberstehenden Fronten gemildert hätte. In politisch interessierten Kreisen wird vielfach die Vermutung ausgesprochen, daß die gegnerischen kirchlichen Kreise den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet hielten, um auf die Einsetzung der NS-Bischöfe in entsprechender Weise zu reagieren. Das bedeute jedoch nicht, daß diese gewillt seien, diesen Vorstoß des Staates in der Kirchenfrage so ohne weiteres hinzunehmen. Der im Anschluß an die Ordination Fröislands und Zwißgmeyers von den gegnerischen Pfarrern verlesene Protest sei als eine Kampfansage aufzufassen, die erst zu einem Zeitpunkt realisiert werden solle, in dem die Anteilnahme der Bevölkerung an innerpolitischen Vorgängen wieder stärker geworden sei.

Diese Kommentierung des gegenwärtigen Standes der Kirchenfrage hat auch insofern eine gewisse Wahrscheinlichkeit, als sich auch auf anderen innerpolitischen Sektoren Tendenzen zeigen, die in etwa den Merkmalen der kirchenpolitischen Situation entsprechen.

Dies gilt z.B. für den sozialen Sektor. In illegalen Flugblättern wird seit einiger Zeit in zunehmendem Umfange auf

den sich ständig vergrößernden Unterschied zwischen dem Ansteigen der Preise und dem Gleichbleiben der Löhne hingewiesen. Während im Frühjahr diesen Jahres von den Flugblättern empfohlen wurde, die aus dieser Entwicklung entstehenden Schwierigkeiten auf dem Wege von privaten Vereinbarungen zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer einzuschränken, wird neuerlich die Frage aufgeworfen, ob die Arbeiterschaft nicht zu "aktiveren Mitteln" greifen müsse, um ihre Lebensinteressen durchzusetzen. Vorläufig beschränkt man sich jedoch noch darauf, die Arbeiter dazu aufzufordern, ihre Forderungen auf Erhöhung der Löhne gegenüber der Fachlichen Landesorganisation zu vertreten. Es läßt sich z.Zt. nicht übersehen, ob die z.Zt. bei der Fachlichen Landesorganisation eingehenden Briefe von Arbeitern, in denen über die immer schwieriger werdenden Lebensverhältnisse geklagt wird, auf die erwähnte Aufforderung illegaler Flugblätter zurückgehen. Dies läßt sich schon deswegen nur schwer entscheiden, weil die in den Briefen der Arbeiter ausgesprochenen Klagen zu einem großen Teil den Tatsachen entsprechen.

In diesem Zusammenhang wird auch bekannt, daß die Leitung der Fachlichen Landesorganisation sowie der Sozialminister Lippestad die Schwierigkeiten der Arbeiterschaft als tatsächlich anerkennen. Es verlautet hierzu ferner, daß Minister Lippestad mit Rücksicht auf die sowieso schon äußerst schwierige Lage der Arbeiterschaft gegen die im Frühjahr ds.Js. vorgenommene Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte größte Bedenken gehabt hat.

Im übrigen neigt man [in führenden Regierungs- und Parteikreisen zu einer äußerst optimistischen Auffassung von der gegenwärtigen innerpolitischen Situation.] Jedenfalls ist in den letzten Wochen eine solche optimistische Auffassung mehrfach von führenden Persönlichkeiten der Partei und des Staates in Reden zum Ausdruck gebracht worden. Dies gilt besonders von den Reden Quislings in Borre bei Tönsberg, auf dem Borgarting in Sarpsborg sowie gelegentlich des Mittsommerfestes

in Hamar. [Die bei diesen Anlässen ständig wiederholte Aufzählung von den innerpolitischen Erfolgen der Regierung (s. "Meldungen aus Norwegen" Nr. 41, Rede Quislings auf dem Borgarthing) ist nunmehr von der Regierung zu einem erneuten Vorstoß beim Führer zur Erlangung eines Vorfriedens zwischen Deutschland und Norwegen benutzt worden.

Mit diesem Vorstoß hat die seit langer Zeit in führenden Regierungs- und Parteikreisen feststellbare Diskussion über die Notwendigkeit eines deutsch-norwegischen Friedensschlusses ihren Höhepunkt erreicht. Hierbei wird immer wieder unterstrichen, daß die Deutschen nicht erwarten könnten, daß die Nasjonal Samling sich voll und ganz durchsetze, solange der Grundsatz "Ein freies Norwegen nur durch die NS" nicht als solcher eindeutig feststehe. Dies wäre aber für das in rechtlichen Dingen so mißtrauische norwegische Volk erst dann der Fall, wenn durch Siegel und Unterschrift bescheinigt würde, daß das von der NS geführte Norwegen wieder ein souveräner Staat sei. Solange ein Friedensvertrag nicht abgeschlossen sei, solange könne die gegnerische Propaganda unter Ausnutzung des im Charakter des norwegischen Volkes verankerten Mißtrauens und unter Hinweis auf die in den vergangenen Jahren durch eine systematische Hetze dem norwegischen Volk eingehämmerte Auffassung von der Wortbrüchigkeit der "Nazisten" immer wieder behaupten, die Deutschen trieben ein unehrliches Spiel mit Norwegen und die Nasjonal Samling sei ihr Werkzeug dabei. Im übrigen sei die juristische Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Kriegszustandes auch deswegen innerpolitisch gefährlich, weil damit den gegnerischen politischen Kreisen trotz aller Erklärungen des Reichskommissars immer doch noch die Möglichkeit als gegeben erscheinen müsse, auch ohne die Nasjonal Samling zu einem späteren Zeitpunkt die Souveränität Norwegens zurückzugewinnen zu können. Viele außerhalb der Nasjonal Samling stehende Norweger legten sich die Frage vor, warum Deutschland nicht mit Norwegen einen Frieden abschließe. Die Erklärung dieses Umstandes sei für diese Norweger die, daß Deutschland letzten Endes doch kein richtiges Vertrauen zur NS habe und die Partei im Augenblick lediglich dazu bemüht sei, um möglichst viel aus Norwegen herauszupumpen. Die Deutschen nutzen die prekäre innerpolitische Situation der Partei dazu aus, um ihre wirtschaftlichen und politischen Forderungen durchzusetzen. Wenn dies geschehen sei, werde die Nasjonal Samling nach Hause geschickt werden.

- 8 -

Wenn bei diesen Erörterungen auch seitens der NS-Mitglieder immer wieder unterstrichen wird, daß diese Argumentation gegnerischer Kreise natürlich nicht den Tatsachen entspreche, so geht doch aus vertraulichen Informationen hervor, daß das Mißtrauen innerhalb der Partei gegenüber Deutschland weiterhin anhält oder sogar im Zunehmen begriffen ist.

Besegner.a) Allgemeine Widerstandsbewegungen.

Trotz der abwartenden Haltung, die in der Bevölkerung angesichts der deutschen Waffenerfolge zu erkennen ist, ergeben die Festnahmeziffern, daß die feindliche Propaganda sich nach wie vor auswirkt, und daß die zur Strafverfolgung führenden Widerstandsfälle wieder leicht ansteigen.

Neben 35 neuen Verhaftungen wegen kommunistischer und marxistischer Betätigung ergaben sich im Monat Juni folgende Festnahmen:

3	Festnahmen wegen	Beleidigung des Führers, der Wehrmacht und des Deutschen Reiches,
19	" "	deutschfeindlicher Äußerungen und Handlungen in der Öffentlichkeit,
8	" "	verbotener Waffen- und Munitionsbesitzes,
8	" "	Herstellung und Verbreitung illegaler Flugschriften,
16	" "	verbotswidrigen Besitzes von Rundfunkgeräten,
10	" "	verbotswidrigen Besitzes von Rundfunkgeräten und Verbreitung von Feindnachrichten,
5	" "	Versuchs der illegalen Landflucht,
76	" "	Arbeitsvertragsbruchs, Arbeitsverweigerung,
4	" "	Gerüchtebildung und Verbreitung,
47	" "	Diebstahls und Hahlerei von Wehrmachtseigentum und Betrugs,
65	" "	Sabotage,
1	" "	Verdachts des Sprengstoffdiebstahls,
7	" "	deutschfeindlicher Propaganda,
19	" "	verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen.

Ganz bezeichnend dafür, daß der Widerstand nicht nur von organisierten Personen ausgeht, sind die Festnahmen zweier Lehrerinnen im Alter von 42 bis 49 Jahren. Eine von ihnen forderte im Beisein der Schulkinder die Beseitigung des

Quislingbildes und der Werbeplakate für die Norwegische Legion aus dem Klassenzimmer, die andere hatte einen Lehrer veranlaßt, ein Spottgedicht gegen die NS und Deutschland zum Zwecke der Verbreitung zu vervielfältigen.

Neben der Feststellung, daß auch bei den illegal tätigen Kommunisten im großen Rahmen Frauen für Kurierarbeiten und sonstige erweiterte Tätigkeitsgebiete verwendet wurden, ergibt auch die Festnahme einer 40jährigen Stewardesse in Tromsø ein Bild über den Umfang der Verhetzung von Frauen. Sie beobachtete in Gegenwart von deutschen Soldaten den Absturz eines deutschen Flugzeuges und begrüßte dieses Ereignis durch Händeklatschen.

In Minde bei Bergen wurde die Vorführung eines Werbefilms für die Waffen-SS und Norwegische Legion durch Lachen, Zwischenrufe und Pfeifen gestört. Als die norwegische Polizei das Kino geräumt hatte, wurden die Demonstrationen auf der Straße fortgesetzt, wobei die Demonstranten einen norwegischen Polizeibeamten und zwei NS-Männer mit Steinen bewarfen.

Die illegale Flugblatteropaganda ist neuerdings im Ansteigen begriffen. Es wurden insgesamt 36 verschiedene illegale Hetzschriften erfaßt, von denen 22 Neuerscheinungen sind, die sich in der Hauptsache mit Einzelvorgängen befassen. Die übrigen 14 erscheinen regelmässig.

Nach den scharfen Maßnahmen gegen Norweger, die mit russischen und polnischen Kriegsgefangenen in verbotene Beziehung getreten waren, ist die Zahl der Festnahmen auf diesem Gebiet in der letzten Zeit zurückgegangen. Zwei Ermittlungsverfahren wurden an das SS- und Polizeigericht abgegeben, und insgesamt 15 Personen wegen verbotenen Umgangs mit russischen Kriegsgefangenen zu Gefängnisstrafen von 5 bis 9 Monaten sowie zu Zuchthausstrafen von $1\frac{1}{2}$ bis 2 Jahren verurteilt. Es wird erwartet, daß die Veröffentlichung der Urteile in der Presse abschreckend wirken wird.

- 11 -

Es wird immer wieder festgestellt, daß in verschiedenen Orten des Landes bestimmte Kreise sich um einzelne Personen gruppieren, die Radioapparate besitzen und damit englische Nachrichten abhören. Diese Personen pflegen sich bei den betreffenden Besitzern der Empfangsgeräte zum Abhören der englischen Nachrichten regelmässig zu treffen und diese danach gemäß den Anweisungen der englischen Sender nach einer gewissen Frist in geschickter Form weiter zu verbreiten. So kann oft ein einziges Radioempfangsgerät als Quelle der Beunruhigung für ganze Ortschaften und Bezirke angesehen werden. Nach der Aufklärung der betreffenden Personenkreise und der Beschlagnahme der benutzten Empfangsgeräte hat sich in den meisten Fällen deutlich gezeigt, daß die Verbreitung von Greuel- und Hetznachrichten in den betreffenden Orten und Gegenden schlagartig aufhörte. In den letzten Tagen wurden wiederum in Friedfjord 17, in Stavanger 10 Personen wegen gemeinsamen Abhörens englischer Nachrichten und zum Teil auch wegen Verbreitung dieser Nachrichten festgenommen.

b) Kommunismus, Marxismus, Sabotage.

Aus den inzwischen fortgeschrittenen Vernehmungen der Angehörigen der bereits in den Meldungen aus Norwegen Nr. 41 erwähnten kommunistischen Spionage- und Sendeorganisation geht hervor, daß ein Sender, der nach dem Gutachten des OKW einwandfrei russischer Herkunft ist, schon im Oktober 1940, über eine Bahnhofgepäckaufbewahrungsstelle an die Osloer Kommunisten geliefert wurde. Der Sender nahm im Februar 1941 den Betrieb auf und sandte ab April 1941 in regelmässigen Zeitabständen von etwa 1 Woche, vorwiegend militärische und daneben auch politische Nachrichten an den Gegensender in England, der sich mit dem Zeichen CDZ meldete, weiter. Die Nachrichten wurden hauptsächlich durch kommunistische Eisenbahner und Hafendarbeiter gesammelt und von Russen, vermutlich Angehörigen der russischen Handelsgesellschaft bzw. des russischen Konsulats in Oslo verschlüsselt. Erst in der Zeit

- 12 -

des Kriegsausbruchs zwischen Deutschland und Rußland er-
hielten die beteiligten norwegischen Kommunistischen das
auf Seide geschriebene Chiffriersystem ausgehändigt, und
setzten damit die Sendungen bis zum Zugriff im April 1942 fort.

Nach den inzwischen getroffenen Feststellungen dürfte den
festgenommenen kommunistischen Täterkreis ein weiterer
Fememord zur Last fallen. Die Kommunistin H a y e r d a l,
bei der alle Kurierfäden zusammenliefen, hatte sich um die
Jahreswende 1941/42 angeblich wegen Krankheit zurückgezogen
und war seitdem verschwunden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß
sie beseitigt wurde und mit einer stark verwesenen Wasserleiche
identisch ist, die kürzlich aus einem See in der Gegend von
Oslo geborgen wurde.

Nach der in den letzten Nachrichten bereits erwähnten Anstif-
tung von Kommunisten zum politischen Mord durch den Rechtsan-
walt S c h i e f l o und den Leutnant S c h e i haben sich
neue Unterlagen für die Mitwirkung von Intelligenzkreisen an
kommunistischen Untrieben ergeben. Der Rechtsanwalt Schjødt,
Oslo, gab flüchtigen Kommunisten Unterschlupf und beriet sie
bei ihren deutschfeindlichen Unternehmungen, ebenso wie er
flüchtigen Angehörigen von Widerstandsorganisationen das Ent-
kommen nach Schweden ermöglichte. Er hat sich seiner Festnahme
durch die Flucht entzogen. Ferner wurde eine Studentin fest-
genommen, die für die illegale KPN Kurierdienste geleistet hat,
sowie ein Norweger, der als Hilfspolizist in Oslo den Kommuni-
sten Nachrichten über Angelegenheiten geliefert hat, von
denen er in seiner dienstlichen Eigenschaft Kenntnis erhalten
hatte.

Nach langer Pause wurde am 12. 7. in Kistrand in Nordnorwegen
wieder ein Anschlag auf ein Telefonkabel durch Herausschneiden
von 250 m verübt, das erst am Vortag ausgelegt worden war.

c) Kirche.

Die kirchliche Opposition ist auf die Ordination der neuen Bischöfe bisher noch nicht eingegangen, so daß auf kirchenpolitischem Gebiet im Augenblick wieder erwarten eine gewisse Ruhe eingetreten ist. Diese Ruhe ist zum Teil auf die Ferien- und Urlaubszeit zurückzuführen, zum Teil hat sie ihren Grund in den Berührungen des Staates, sich mit den kirchlichen Kreisen zu verständigen, zumindest aber auf kirchenpolitischem Gebiet nichts zu tun, was die augenblickliche Lage verschärfen könnte.

Diese Haltung des Staates trat besonders deutlich anlässlich der ersten Tagung der "Kirchlichen Ratsversammlung" am 30.6. zutage. Diese Einrichtung ist anstelle der früheren Bischofs-treffen getreten, und es nehmen an ihr neben den Bischöfen der Kirchenminister und sein Expeditionschef der Kirchenabteilung teil. Den Vorsitz führt der Ministerpräsident. Die Tagesordnung sah die Beratung folgender Vorschläge vor:

Sämtliche Gemeinderäte sollen entlassen und an deren Stelle kirchliche Aufsichtsräte ernannt werden. Weiterhin sollen die Bischöfe das Recht erhalten, Laien zu gottesdienstlichen Veranstaltungen heranzuziehen und ihnen auch die Dienstgeschäfte von Pfarrern vorübergehend zu übertragen. Ferner sollen "Lese-Gottesdienste" oder "Radio-Gottesdienste" durchgeführt werden, wie es augenblicklich in Deutschland der Fall ist, da viele Geistliche an der Front stehen. Schließlich standen die Arbeit eines neuen Kirchengebetes, die Reform des Textbuches und die Einrichtung theologischer Sonderkurse für Studenten auf der Tagesordnung. Alle diese Punkte waren der kirchlichen Ratsversammlung vom Kirchendepartement vorgelegt worden, jedoch wurde keiner angenommen. So wurde die Entlassung der Gemeinderäte und die Ernennung vorläufiger kirchlicher Aufsichtsräte abgelehnt. Die Heranziehung von Laien für kirchliche Dienste soll zukünftig nur in ganz geringem Umfang erfolgen. Mehr Laien, als bisher ordiniert wurden, sollen nicht zum Pfarrerstand zugelassen werden. Die Einrichtung von "Lese- und Radiogottesdiensten" wird bei besonderem Bedarf

- 14 -

durchgeführt werden. Den Bischöfen wurde anheingestellt, später Vorschläge für neue Kirchengebete und sonstige liturgische Veränderungen einzureichen. Die Errichtung theologischer Sonderausbildungskurse wurde abgelehnt.

Auch vonseiten der neuen Bischöfe und der der NS angehörenden bzw. sympathisch gegenüberstehenden Geistlichen wurde erneut eine versöhnende bzw. einlenkende Haltung gezeigt. So verfaßten diese einen Aufruf "an die Pfarrer und Gemeinden unserer Kirche", in dem sie feststellten, daß derjenige, der sich der Obrigkeit widersetze, gegen Gottes Anordnungen handle, daß sich Jesus und seine Jünger sogar einer heidnischen Obrigkeit untergeordnet hätten, und daß die Grenze des Gehorsams der Obrigkeit gegenüber erst da auftrete, wo es die Obrigkeit verbiete, das Evangelium zu verkünden. Diesen Vorwurf könne man der nationalsozialistischen Regierung nicht machen. Am Schluß dieser Erklärung heißt es, daß die Pfarrer, die positiv zur neuen Regierung stehen, bereit seien, "die Hand zu Frieden und Versöhnung zum besten von Volk und Vaterland zu reichen".

Bei der letzten Regierungsversammlung wurde ein Antrag des Kirchendepartements behandelt, der die Ordination der fungierenden Bischöfe K v a s n e s (Stavanger) und L o t h e (Drontheim) vorsah. Dieser Antrag wurde abgelehnt, und es wurde beschlossen, zunächst keine weiteren Bischofsordinationen mehr stattfinden zu lassen. Der fungierende Bischof Lothe soll später einmal zum Bischof von Tromsø ernannt werden.

Am 5.7.1942 wurde der aus den Laienstand kommende ehemalige Angestellte der Heilsarmee und des Blauen Kreuzes, Bjarne B a r b y , in sein Amt als res. Kaplan der Gamle-Aker-Kirche eingeführt. Die Befähigung B a r b y s als Geistlicher ist stark anzuzweifeln und hat, ebenso wie die vor kurzem erfolgte Ordinierung anderer Laien - darunter einem ehemaligen Portier der Filadelfia-Gemeinde und einem ehemaligen Bahnbeamten - bei der Bevölkerung und beim Pfarrerstand große Empörung hervorgerufen.

Die von Pfarrer H y g e n und Professor H a l l e s b y , den Vertretern der oppositionellen Geistlichen, vor der Bischofsordination geäußerte Drohung, daß bei einem Zustandekommen der Ordination "die Tür zur Versöhnung zwischen dem Kirchendepartement und der Kirche zugeschlagen würde", und daß eine Freikirche gegründet werden würde, ist bisher nicht mehr gemacht worden. Die Gründung einer Freikirche scheint auch nicht bevorzustehen.

C. Lebensgebiete.a) Nasjonal Samling.

Die leichte Besserung der Stimmung unter den Mitgliedern der Nasjonal Samling hat auch in dieser Berichtszeit weiterhin angehalten. Nach den vorliegenden Berichten haben sich nunmehr auch die militärischen Erfolge der Achse im positiven Sinne geltend gemacht.

Im übrigen ist die Stimmung innerhalb der Partei ähnlich wie der breiten Masse der Bevölkerung dadurch gekennzeichnet, daß auf dem innerpolitischen Sektor mit der einsetzenden Urlaubszeit eine gewisse Ruhe eingetreten ist.

Von der Westküste liegen eine Reihe von Berichten vor, die eine verhältnismässig lebhafte Versammlungstätigkeit der Partei erkennen lassen. Zur Hauptsache fanden diese Versammlungen im Zusammenhang mit der Propagandareise Minister Lundes statt.

Ende Juni sprach Minister Lunde in Molde anlässlich des 200-Jahr-Jubiläums der Stadt. Über diese Rede brachte "Stavanger Aftenblad" einen NTB-Bericht unter der Überschrift "Wir wollen nicht versuchen, die Ideen für unsere Arbeit von einem anderen Land zu nehmen". In NS-Kreisen wird besonders darauf hingewiesen, daß die Rede Lundes offenbar bewußt "unpolitisch" gehalten gewesen sei. Man habe den Eindruck gehabt, daß die Jössinger nicht "verletzt" werden sollten. Der im Zusammenhang mit den Festlichkeiten durchgeführte Hirdaufmarsch hatte noch ein kleines innerparteiliches Vorspiel. Der Hirdregimentsförer Krohn erhielt am 25. Juni einen Aufruf von dem stellvertretenden Reichspropagandaleiter Klevenberg, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß der Hird auf Wunsch von Minister Lunde an den Feierlichkeiten in Molde und Kristiansund nicht teilnehmen solle. Der Regimentsförer verfaßte daraufhin ein Telegramm, in dem er sein Amt zur Verfügung stellte. Dieses

Telegramm wurde jedoch von einem Angehörigen des Stabes des Regimentsführers zurückgehalten. Am Abend desselben Tages wurde Krohn dann durch Minister Lunde telefonisch davon unterrichtet, daß der "Hird selbstverständlich marschiert".

Im übrigen geht aus den vorliegenden Berichten hervor, daß die gelungenen Veranstaltungen in Molde und Kristiansund der Partei einen fühlbaren stimmungsmässigen Aufschwung gegeben haben.

Am 2. Juli 1942 sprach Minister Lunde in Drontheim vor etwa 650 Personen. Seine Ausführungen wurden selbst von anwesenden Vertretern gegnerischer Kreise beifällig aufgenommen.

Der anschliessende Besuch Minister Lundes in Nordnorwegen war nach dem Bericht des Kommandeurs in Tromsø von vornherein durch die mangelhafte Vorbereitung benachteiligt. In dem Bericht heisst es, daß für den Ministerbesuch keinerlei organisatorische oder propagandistische Vorbereitungen getroffen worden seien. Auch Minister Lunde habe hierüber mehrfach sein Mißfallen zum Ausdruck gebracht.

Ferner wird noch berichtet, daß Minister Lunde sich bei Besprechungen im engeren Kreis mehrfach scharf gegen die deutlich erkennbare Zersplitterung der Partei in Nordnorwegen wandte. So kritisierte Lunde anlässlich eines Kameradschaftsabends in Tromsø in scharfen Worten die in der Partei herrschende Uneinigkeit und nahm weiter gegen die tendenziöse Herausstellung nordnorwegischer Belange Stellung. Sowohl in Hammerfest als auch in Tromsø waren zu den öffentlichen Versammlungen mit Minister Lunde je 150 Personen erschienen.

Im Zusammenhang mit der Propagandareise Minister Lundes wird hier noch von zwei Seiten bekannt, daß Quisling Minister Lunde verboten ~~haben~~ soll, sich ständig in der Tagespresse durch fast täglich erscheinende Bilder herausstellen zu lassen.

Aus Skarmöre liegt ein Bericht vor, wonach in Aalesund ein außerordentlich gut gelungenes Kreistreffen der NS stattgefunden hat. Der propagandistische Erfolg, den die NS mit dieser Veranstaltung erreicht hat, hat ebenfalls zur Stimmungsverbesserung der Parteimitglieder beigetragen.

Am Stavanger werden anhaltende Kliquenkämpfe innerhalb der dortigen Parteiorganisation gemeldet. So wird berichtet, daß der Kreisführer von Stavanger A n d e r s e n Gegenstand zahlreicher Angriffe aus den Reihen der Partei sei. Der frühere Fjellingsås-Organisationsleiter Eckhoff habe nunmehr alle gegen Andersen erhobenen Vorwürfe zusammengetragen und nach Oslo berichtet. Zum Schluß seines Briefes habe Eckhoff die sofortige Amtsenthebung des Kreisführers gefordert und verlangt, man solle Andersen nach dem Östlandet "zurückjagen".

Auch der Hird beteilige sich an dem Widerstand gegen Andersen, indem er die Teilnahme am Dienst verweigere. Da es Andersen unmöglich ist, in Stavanger selbst zu einer fruchtbaren Arbeit zu kommen, hat er - dem Bericht des dortigen Kommandeurs zufolge - sich besonders auf die zu seinem Kreis gehörenden Landbesitze konzentriert. Hier habe seine Arbeit bereits zu ausnehmlichen Erfolgen geführt.

Darüber wird aus Stavanger berichtet, daß in die erwähnten Kliquenkämpfe die in Stavanger besonders ausgeprägten Distanzierhaltenden gegenüber Deutschland mit hineinspielen. Diese Tatsache sei im wesentlichen auf den Einfluß des früheren Fjellingsås-Führers von Rogaland Kvadsheim zurückzuführen. Die Schwierigkeiten, die man dem Kreisführer Andersen mache, seien das Teilstück einer allgemeinen Einstellung, deren Charakter u. a. auch an den freundschaftlichen Warnungen zu erkennen sei, die dem Redakteur des "Stavangeren" Pausett wegen seiner pro-deutschen Berichterstattung zugegangen seien. In diesem Zusammenhang gehörten auch die üblen Nachreden, denen weibliche NS-Mitglieder wegen ihres Verkehrs mit Deutschen ausgesetzt seien.

Aus Oslo wird berichtet, daß der Kampf zwischen der Gruppe Hagelin-Throndsen und der Gruppe um Minister Fuglesang sich zur Zeit besonders scharf auf dem Gebiet der Osloer Gemeindepolitik abspiele. Die Ursache zu den heftigen Auseinandersetzungen zwischen Throndsen als Fylkesfører von Oslo und dem Fylkesmann Stenersen auf der einen Seite und Ordführer Jenssen auf der anderen Seite ist der Vorschlag für die Mitglieder des Gemeinderates, der in Zusammenarbeit von Throndsen, Stenersen und dem Bürgermeister von Oslo erstellt werden sollte. Gegen die 28 von Throndsen eingebrachten Vorschläge wurde von Jenssen Einspruch eingelegt. Jenssen begründete seinen Einspruch vor allem damit, daß sich unter den vorgeschlagenen Männern keine Arbeiter befänden. Gleichzeitig mit diesem Einspruch erfolgte ein Vorstoß des Vorsitzenden der fachlichen Landesorganisation, Odd Fossum, der ebenfalls beanstandete, daß bei der Zusammensetzung des Gemeinderates Vertreter der Osloer Arbeiterschaft nicht berücksichtigt würden. Der Vorstoß Fossums erfolgte auf Initiative Minister Fuglesangs, der in dem von Fylkesfører Throndsen vorgeschlagenen Gemeinderat eine Stärkung der Gruppe Hagelin-Throndsen erblickte.

Wie von NS-Seite, die Fuglesang nahe steht verlautet, kam es während der Behandlung dieser Angelegenheit bei Quisling zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Odd Fossum und Quisling. Odd Fossum drohte dabei Quisling, der sich anscheinend bereits auf den Vorschlag Throndsens festgelegt hatte, mit seinem Rücktritt. Während der Aussprache wurde Quisling gegenüber u.a. auch darauf hingewiesen, daß Fossum der populäre Vorsitzende einer Organisation von hunderttausenden norwegischer Arbeiter sei und ein Rücktrittschwere Folgen für die NS haben könne. Aufgrund des Vorstosses von Odd Fossum wurde nunmehr eine Entscheidung Quislings in der Form herbeigeführt, daß die Zahl der Stadträte um 10 Vertreter der Arbeiterschaft, bei denen es sich, soweit feststellbar um zuverlässige Anhänger Fuglesangs handelt, auf insgesamt 38 erhöht wird.

Bei einer Fylkesversammlung Sør-Trøndelags in Drontheim hielt u.a. Minister Prytz eine Rede, in welcher er u.a. feststellte, Quisling sei die größte historische Persönlichkeit, die er kenne. Das Hauptorgan der Nasjonal Samling bringt ihren Bericht über die Rede Quislings unter der Überschrift "Quisling ist die größte historische Persönlichkeit, die ich gekannt habe".

Zu der Lage innerhalb der NS hat der Fylkesführer Dr. Håreid, der ja auch zu den wegen ihrer Deutschfreundlichkeit angefeindeten Parteiführern gehört, in einem Bericht Stellung genommen, der die Unterlage für das von ihm anlässlich des Führerthings in Oslo am 14./15.6.42 gehaltene Referat bildete.

Es heißt darin:

"Es ist schwierig, den Kampfgeist innerhalb der Bewegung in Sørlandet lebendig zu halten, aber wir haben einige tüchtige Bannerträger. Es wird jedoch leider versucht, diese Aktivisten durch falsche NS-Leute niederzuhalten; es sind solche Leute, die in der Absicht in die Bewegung gegangen sind, um einen eigenen Vorteil zu ernten. Diese Elemente, die von der Parteileitung ihren Posten bekommen haben, wenden sich nach Oslo und schwärzen unsere Kämpfer an, besonders bei den Departements...."

Man kann sich nicht wundern, daß die Stimmung bei unseren aktiven Leuten flau wird, wenn sie sich ständig gegen die Verleumdungsangriffe ihrer eigenen Leute verteidigen müssen.

Der Kampf nach außenhin ist heute klar und leicht zu führen, aber wir sind dabei, uns in gegenseitigem Kampf zu zersplittern...."

Das Einzige, an was sich meine Kämpfer klammern ist unser Führer. Oft haben diese Männer zu mir gesagt, daß, wenn sie nicht ihren Eid ihrem Führer gegeben hätten, sie aus der Partei austreten würden. Sie sind im Begriff, den Glauben an die Neuordnung und an die Zukunft Norwegens zu verlieren....!"

...Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß eine Masse unserer Mitglieder der Partei in Wege steht und sie für anständige Menschen schließt, für Leute, die voll und ganz an den Nationalsozialismus glauben, aber an uns zweifeln wegen einzelner unserer Mitglieder."

Darüber hinaus nahm Håreid zu Problemen Stellung, die sich über das ganze Land erstreckten und bei denen ^{sich} seine Stellung-

nahme von der offiziellen Meinung Oslos erheblich unterscheidet. Zur Lehreraktion schreibt er:

"Ich erwähnte die Lehrer. Diese Aktion hat sich sehr unglücklich für die Partei ausgewirkt. Eine Massenverhaftung auf diese Weise durchgeführt, wie wir es getan haben, mußte fehlschlagen. Hier kommt man und verlangt, daß so und so viel Lehrer verhaftet werden, ohne vorher die Einstellung der Einzelnen zu untersuchen...."

Die Lehreraktion war ein Fehlschlag, an dem wir lange zu tragen haben. Aber da wir diesen Weg eingeschlagen haben, müssen wir uns auch durchkämpfen, ein Rückzug kann nicht in Frage kommen. Die hiesigen Lehrer sagen, daß das Departement wie ein Löwe aufgefahren ist und wie ein Sack zusammenfiel."

Der Überzeugung Hæreids, sowie der Männer seiner Richtung, die sich über die qualitativen und quantitativen Schwächen der NS völlig im klaren sind und die wissen, daß es zumindestens z.T. nicht ohne vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den deutschen Stellen geht, und die außerdem bemüht sind, wertvolle Kräfte des außerhalb der NS stehenden Volkes, das sich nach ihrer Überzeugung durchaus nicht nur aus "Jössingern" zusammensetzt, steht die Haltung der Masse der ortsansässigen NS-Mitglieder gegenüber.

Diese stehen in Verkennung ihrer persönlichen Qualitäten und der Machtmittel der Partei auf dem Standpunkt, daß sie allein in der Lage sind, die Neuordnung Norwegens durchzuführen, wenn man sie nur erst einmal an die entsprechenden Positionen heranläßt. Daß sie nicht dahin kommen, liegt nach ihrer Meinung in erster Linie an den Deutschen, aus diesem Grunde sind ihnen diese auch so lästig. Für sie ist jeder, der sich nicht in der NS befindet ein "Jössinger", der nicht zu belehren ist, sondern der nur der Gewalt weicht. Sie waren deshalb auch zum großen Teil über die Worte Quislings in Borre, daß es nur 1% Jössinger gebe, genau so verwundert, wie die nicht in der Partei befindlichen Norweger.

Germanische SS Norwegen.

Bei der Diskussion in den vergangenen Monaten über die im Zusammenhang mit der SS auftretenden Problemen, Ergänzung der Fronteinheiten, Versorgung und Betreuung von Urlaubern und Frontrückkehrern, wird auch in führenden politischen Kreisen anerkannt, daß nach Gründung der Germanischen Freiwilligenleitstelle Norwegen in die Behandlung dieser Fragen ein energischer Zug gekommen ist und sich hieraus stimmungsmässig erfreuliche Erfolge ergeben haben. Besonders gilt dies für die Verbesserung der Versorgung von Angehörigen der Freiwilligen und in Bezug auf die Betreuung der Urlauber bzw. Rückkehrer. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß die Eröffnung eines Heimes für durchreisende Urlauber und Rückkehrer kurz bevorsteht.

Es sei erwähnt, daß in Verbindung mit der Inangriffnahme dieser Probleme das Interesse für die SS ganz allgemein im Zunehmen begriffen ist. Zum Teil dürfte dies auch darauf zurückzuführen sein, daß man in führenden politischen Kreisen der Ansicht ist, daß die aus der Waffen-SS hervorgehenden Frontsoldaten früher oder später im politischen Leben Norwegens eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen werden. Diese Tatsache ist u.a. auch aus dem starken Interesse zu erkennen, dem in allen politischen Kreisen die Vorgänge um die Gründung des Frontkämpferbundes begegneten.

Eine weitere Aktivierung des Interesses der NS ist zu erwarten, wenn die inzwischen in "Germanische SS Norge" umbenannte "Norges SS" mit grösseren Veranstaltungen an die Öffentlichkeit treten wird. Ein Erfolg in dieser Richtung war bereits der am 15. Juli 1942 durchgeführte Kameradschaftsabend der "Germanische SS" und des Hird. Weiter wird in diesem Zusammenhang bekannt, daß die Germanische SS in Kürze mit einer

- 23 -

eigenen Zeitschrift an die Öffentlichkeit treten wird.

Ein gutes Vorzeichen für eine erfreuliche Tendenz in der Entwicklung der Germanische SS Norge ergibt sich auch aus der Stimmung der Frontrückkehrer. Wenn sich bei den Freiwilligen auch anfänglich eine große Enttäuschung bemerkbar macht und sie zunächst bei ihrer Rückkehr starke Kritik an allen Dingen üben, insbesondere an der Behandlung der Freimaurerfrage in Norwegen und auch an den deutschen Ausbildungsmethoden sowie anderen Erscheinungen, so legen sie doch grossen Wert darauf, die Verbindung mit der SS anzuerkennen zu erhalten. Man kann aufgrund der hier bekannt gewordenen Stimmen sagen, daß der jugendliche Idealismus durch das Fronterlebnis einer nüchternen Einstellung gewichen ist, die häufig auch deutsche Zustände scharf kritisiert, aber letzten Endes doch positiv ist.

Ein weiteres Moment, welches die Freiwilligen bei ihrer Rückkehr enger an die SS heranführt, ist die Tatsache, daß sich diese in allen Fragen ihrer Versorgung und mit allen Wünschen und Anliegen an deutsche Stellen wenden müssen, da sich norwegische Dienststellen nur in unzureichender Masse um die berechtigten Ansprüche der Frontkämpfer kümmern. Die Enttäuschung über die Behandlung dieser Dinge durch die norwegische Regierung, ist bei den Freiwilligen außerordentlich groß.

b.) Volkstum und Volksgesundheit.

Volkstum:

In letzter Zeit wird vom Ministerium für Kultur und Volksaufklärung besonderes Interesse den zahlreichen Museen, die bäuerliches Brauchtum aufbewahren, entgegengebracht. Besonders von Seiten des Minister Lunde gehen immer wieder Initiativen aus, die darauf abzielen, die alte norwegische Bauernkultur wiederum in das Interesse der Bevölkerung zu rücken, um dadurch die normale Richtung der vom Ministerium vertretenen Kulturpolitik zu stärken.

So wurden jetzt Mittel gesammelt, um das Museum in Røros zum 300jährigen Jubiläum der Stadt im Jahre 1944 wieder in Stand zu setzen und auszubauen. Die Sammlungen umfassen im wesentlichen das Grubenwesen des alten Kupferbergwerks. Ferner wurde von Minister Lunde in den letzten Wochen das Glomdal-Museum in Elverum besichtigt. Dieses Museum enthält, wie zahlreiche andere Museen in Norwegen, Sammlungen alter Bauernhäuser mit Inventar. Diese Sammlungen sollen jetzt erweitert werden. Von dem, durch den Brand des Palais in Oslo geretteten Teilen, sollen zwei Räume bewahrt werden, von denen je einer im Kunstindustriemuseum in Oslo und im Folkemuseum auf Bygdø untergebracht werden sollen.

Volksgesundheit.

Mit Schreiben vom 10.7.1942 an Minister für Kirchen- und Unterrichtswesen, S k a n c k e , wurde von den fünf an der Erstärztlichen Hochschule tätigen Professoren gegen das am 10.1.1942 erlassene Gesetz über Änderungen der Verfassung an der Erstärztlichen Hochschule in Oslo protestiert. Dabei wird gleichzeitig gegen den auf Grund des Gesetzes vom Ministerium neu eingesetzten Rektor, Zahnarzt Dr. B u h s und gegen die von ihm bereits bekanntgegebenen Richtlinien Stellung genommen.

Das Protestschreiben führt u.a. aus, daß durch dieses eigenmächtig vom Ministerium und nicht durch Initiative der Hochschule erlassene Gesetz, wonach der Rektor nunmehr Funktionen übernimmt, die ursprünglich durch den Professorenrat ausgeübt wurden, die Traditionen nicht nur der Zahnärztlichen Hochschule, sondern auch der übrigen wissenschaftlichen Institutionen Norwegens durchbrochen werden. Aufgrund dieses Gesetzes wäre es auch nunmehr dazu gekommen, daß ein Zahnarzt, der bisher nicht an einer Hochschule oder an einer anderen wissenschaftlichen Institution gebunden gewesen wäre und der nicht die notwendigen wissenschaftlichen Qualifikationen aufzuweisen hätte, zum Rektor bestimmt worden sei. Dieser Vorgang sei ohne Beispiel, auch in anderen Ländern und es berühre besonders peinlich, daß diese Neuregelung in Norwegen eingeführt werde. Weiterhin wird dann in dem Schreiben dagegen protestiert, daß bei der Zuteilung der Assistentenstellen, wie auch in der Zulassung zum Studium, nicht mehr allein die fachliche Qualifikation ausschlaggebend sein soll, sondern auch die politische Einstellung und die Verdienste (Zugehörigkeit zur NS, Einsatz in der Waffen-SS oder Norwegischen Legion). Das bisherige fachlich-wissenschaftliche Leben an der Hochschule sei bisher unabhängig von politischen Gesichtspunkten gewesen und müsse es auch im Interesse des Landes bleiben.

Es besteht vonseiten des neu ernannten Rektors, Dr. Buhs, die Absicht, im Einvernehmen mit Minister Skancke das Schreiben durch eine nochmalige ausführliche Begründung dieser Neuordnung und mit dem Hinweis auf die Bedeutung eines derartigen Protestschreibens für die staatlichen Behörden zu beantworten.

c) Kulturelle Gebiete.Wissenschaft und Hochschule.

Professor W e d e r w a n g, Rektor der Handelshochschule in Bergen, hat sich im Laufe der letzten Jahre immer wieder als politischer Gegner der Neuordnung und des Reiches gezeigt. Seit der Errichtung der Handelshochschule im Jahre 1936 war Wederwang zu ihrem Aufbau von seiner Professur für Sozialökonomie und Statistik an der Universität Oslo jeweils für die Dauer von 2 Jahren neu beurlaubt worden. Auf hiesige Vorstellungen beim Departement für Kirche und Unterricht hin, ist ihm Ende des vergangenen Monats die weitere Verlängerung seiner Beurlaubung abgeschlagen und damit seine Stellung als Rektor hinfällig geworden.

Zu seinem Nachfolger wurde Professor K r i s t i a n S c h ö n h e y d e r von der Handelshochschule Bergen ernannt.

Der bisherige Leiter des Museums Bergen, d.h. der im Aufbau befindlichen zweiten norwegischen Landesuniversität, Professor H a a k o n S h e t e l i g, ist wegen seiner bisher eingenommenen negativen politischen Haltung gleichfalls aus seiner Stellung verabschiedet worden. Professor Shetelig war u.a. Mitunterzeichner bei der Aktion der 43 Verbände im Sommer des vergangenen Jahres und sollte bereits damals aus dem Amte entfernt werden. In Anbetracht dessen, daß Shetelig jedoch bereits ein halbes Jahr später die Altersgrenze erreichen würde, ist die beabsichtigte Maßnahme seinerzeit durch das zuständige Departement (Handelsdepartement) nicht zur Durchführung gelangt. Da er sich nach der Erreichung der Altersgrenze nur von seiner Professur emeritieren ließ, sich jedoch auf Grund gewisser Bestimmungen des bisher gültigen Bergener Hochschulgesetzes seitens des Kollegiums weiterhin mit der Leitung der Gesamteinstitution beauftragen ließ, mußte schließlich doch zu einer Amtsenthebung geschritten werden. Als vorläufiger Nachfolger ist seitens des Unterrichtsdepartements Professor N o r d h a g e n bestimmt worden. Es erscheint jedoch fraglich, ob Nordhagen die richtige Persönlichkeit ist, die Nachfolge Sheteligs anzutreten.

Schule und Erziehung.

Die Lage auf dem Gebiet der Schule und Erziehung ist durch die Ende des vergangenen Monats eingetretenen Schulferien gekennzeichnet. Die bisherigen Auseinandersetzungen zwischen dem "Norges Laerersamband" sowie dem Departement einerseits und der Masse der norwegischen Lehrerschaft andererseits, sind aus diesem Umstand einstweilen in den Hintergrund getreten. Eine Reihe von Anzeichen sprechen jedoch dafür, daß es mit dem Schulbeginn zu neuen Schwierigkeiten kommen wird. Eine besondere Rolle wird dabei aller Voraussicht nach die Frage der Freilassung der nach Kirkenes beförderten Lehrer und deren Wiedezulassung zum Unterricht spielen. Obwohl man einerseits in den breiten Schichten der Lehrer- und Elternschaft bestimmt damit rechnet, daß die Haftentlassung bis zum Herbst dieses Jahres durchgeführt wird, besteht andererseits hinsichtlich des weiteren Verhaltens eines Teiles dieser Lehrer keineswegs eine einheitliche Auffassung. In einer Anzahl von Fällen dürfte sehr wahrscheinlich eine Wiedereinsetzung der betreffenden Lehrer in ihre früheren Ämter nicht in Betracht kommen können.

Nach wie vor ist damit zu rechnen, daß gegen den "Norges Laerersamband" weiterhin entschieden Front gemacht wird. Es konnte ein Flugblatt erfaßt werden, das unter der Überschrift "Anweisung für die Distriktsleiter" (Gemeint ist offenbar die Führung der illegalen Widerstandsbewegung) Richtlinien bringt, die hinsichtlich der finanziellen Unterstützung der Lehrer, der Teilnahmeverweigerung an offiziellen Veranstaltungen, Zusammenkünften usw. einzuhalten seien. Daneben wird von den verschiedenen illegalen Kreisen Stimmung dafür gemacht, daß man "Die norwegische Schule", das amtliche Organ des "Norges Laerersamband", einmütig an die Herausgeber zurücksenden sollte. Es wird angeregt, diese Aktion in den einzelnen Schulen geschlossen vorzunehmen. Auch wird von jeglicher Teilnahme an den kommenden Arbeitsgemeinschaften des Laerersambandes zur Berufsbildung nachdrücklich gewarnt, da es sich hier nur

um versteckte politische Propaganda handle. Aus den hier vorliegenden Anhaltspunkten ist mit ziemlicher Gewissheit zu entnehmen, daß die Aufnahme der praktischen Arbeit seitens des Lehrerbundes bald zu neuen Konflikten mit der Lehrerschaft führen wird.

Die Umbesetzung wichtiger Lehrerstellen nach politischen Gesichtspunkten ist in verschiedenen Distrikten des Landes bereits im Gange. Überraschend erscheint in diesem Zusammenhang, daß sich um die acht wegen politischer Unzuverlässigkeit ihrer bisherigen Inhaber frei gewordenen Stellen in Bergen insgesamt 32 Lehrer beworben haben.

Es ist beabsichtigt, bei den gegenwärtigen Umbesetzungen eine Reihe von Lehrerstellen an die Teilnehmer der seinerzeit durchgeführten "Kurzlehrgänge" zur vorläufigen Ausbildung von Lehrkräften zu vergeben. Hinsichtlich dieser Pläne steht jedoch bisher noch die Zustimmung des Departements aus, das aus fachwissenschaftlichen Gründen bestimmte Bedenken hegt,

In einzelnen Distrikten, in denen bisher wegen Beschlagnahme der Schulgebäude als Wehrmachtunterkünfte der Unterricht nicht wieder aufgenommen worden ist, hat ein Teil der Lehrerschaft eine vorläufige anderweitige Beschäftigung in industriellen Betrieben oder sonstigen wirtschaftlichen Unternehmen angenommen. Auf diese Weise sind die betreffenden Lehrer zu Doppelverdienern geworden, da sie gleichzeitig vonseiten des Staates oder der Gemeinde ihr Gehalt weiterbezogen. Im Einvernehmen mit der Schulabteilung des Reichskommissariates sind beim Unterrichtsdepartement zur Beseitigung dieses Zustandes entsprechende Maßnahmen angeregt worden.

Wegen seiner besonderen Bedeutung ist ferner über folgenden Einzelfall zu berichten:

Die Schüler des Handelsgymnasiums in Drøntheim hatten in der Nacht vom 17./18. Mai 1942 gefeiert und waren am anderen Morgen in einer ausgesprochenen Stimmung zum Unterricht

- 29 -

erschienen. Ein Wehrmachtsposten unter Gewehr, der zu einem Truppenteil gehört, der vorübergehend in der Technischen Hochschule (die mit dem fraglichen Handelsgymnasium den gleichen Schulplatz hat) untergebracht ist, wurde dabei von diesen Schülern mit einer Literflasche Tinte beworfen. Dieser Vorfall veranlaßte den Leiter des Handelsgymnasiums, Rektor S k a r l a n d, sich an den Stadtkommandanten zu wenden, der seinerseits auch bereits von dem betreffenden Truppenteil Meldung hatte. Skarland besprach, ohne die Dienststelle des Reichskommissars oder des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD zu verständigen, das Strafmaß für die Schüler seiner Anstalt. Im Einvernehmen mit dem Stadtkommandanten wurden folgende Schulstrafen verhängt:

1. Alle Schüler, die am 18.5.1942 in der Schule waren, werden in den Ferien für die Dauer einer Woche Extraarbeiten ausführen.
2. Die Schüler, die wegen der Täterschaft verdächtigen drei Klassen angehören, erhalten eine zusätzliche Woche Strafarbeiten.
3. Die männlichen Schüler dieser Klasse haben sich einer insgesamt vierwöchentlichen Ferienarbeit zu unterziehen.

Die festgesetzten Strafarbeiten liefen am 25. Juni an und werden unter der Aufsicht des Lehrkörpers durchgeführt. Bisher sind alle Schüler laufend und pünktlich erschienen. Skarland wurde vonseiten der Drontheimer Dienststelle des Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD darauf hingewiesen, daß er dafür Sorge zu tragen habe, daß die festgelegten Strafen zur ordnungsgemässen Durchführung gelangen. Falls die Schulstrafen jedoch nicht zu einer ordnungsgemässen Durchführung kommen sollten, ist beabsichtigt, einige der verdächtigsten Unterprimaner während der Ferien für einige Wochen zur Arbeitsleistung in das Lager Falstad zu übernehmen.

- 30 -

F i l m .

Analog zum Wechsel in der Leitung des Theaterdirektorats (1.7.1942) war von norwegischer Seite auch eine ähnliche personelle Umbesetzung im Filmdirektorat in Erwägung gezogen worden. Es wurde davon gesprochen, daß Leif S i n d i n g wieder zur praktischen Filmarbeit zurückgehen sollte, zumal seine Anstellung als Filmdirektor seinerzeit ohnehin nur für ein Jahr gedacht war und seine Aufgabe - die Neuordnung des norwegischen Filmwesens - im wesentlichen gelöst sei. Als Nachfolger Sindings wurde sein Mitarbeiter, der Bürochef im Filmdirektorat, Birger Rygh H a l l a n , genannt. Die erwähnte Umbesetzung wurde jedoch auf deutsche Veranlassung zunächst noch nicht durchgeführt, zumal es nach dem bereits erfolgten Wechsel in der Leitung des Theaterdirektorats nicht als wünschenswert angesehen werden konnte, daß auf dem kulturellen Sektor nahezu gleichzeitig eine zweite Ablösung in einer wichtigen Position der staatlichen Führung vorgenommen würde. Sinding wird nun noch für ein weiteres halbes Jahr die Leitung des Filmdirektorats behalten. In einem Artikel "Norwegische Filmkunst" in der letzten Nummer der "Deutschen Monatshefte in Norwegen" (Nr. 6, Juni 1942) hat Sinding einen kurzen Überblick über die bisherige Entwicklung und die zukünftigen Aufgaben des norwegischen Filmschaffens gegeben. Hierbei weist er besonders auf die Folgen des von den Marxisten eingeführten kommunalen Kinosystems hin, das die Hauptschuld an dem Massenimport ausländischer Filme habe. Der norwegische Film stehe zwar noch am Anfang seiner wirklichen Entwicklungsfähigkeit, aber er würde jetzt unter einer nationalen Regierung das natürliche Fundament erhalten, auf dem er aufbauen könnte, und auf dem sich auch besonders der nationale Film durchsetzen könnte. In diesem Sinne umreißt Sinding die Aufgaben des norwegischen Filmes folgendermaßen:

"Der norwegische Film soll zeigen, was Norwegen einmal war. Er soll zeigen, daß es Norweger waren, die Amerika entdeckten, die Island kolonisierten, die das englische und irische Reich schufen und das "Gardareich" in Rußland. Der Film soll zeigen, daß hier auf unseren Außenposten in Norden, im ewigen Kampf mit der harten und unwilligen Natur, Norweger bleibende Werke schaffen konnten, die von Interesse und Bedeutung für alle europäischen Völker sind..."

- 31 -

Der Schritt weiter vom "nationalen" Film zum ausgesprochenen Propagandafilm der N.S. wurde jetzt vom Kulturdepartement erneut aufgenommen, trotzdem das Filmdirektorat ausdrücklich davon abgeraten hatte. Minister Lunde hat dem "Filmregisseur" Walter F ü r s t den Auftrag für einen Großfilm erteilt, der praktisch die Geschichte der Nasjonal Samling wiedergeben soll. Er soll den Titel "De gode gamle dager..." (Die gute alte Zeit...) erhalten und unter besonderer Herausarbeitung der vergangenen Zeit mit ihren marxistischen und plutokratischen Verhältnissen gleichzeitig die Entwicklung der NS als Trägerin der neuen Zeit behandeln. Die Bedenken des Filmdirektorates gegen die Durchführung dieses Filmes sind sowohl sachlicher wie persönlicher Art. Einerseits wird es nämlich als fraglich angesehen, ob es gegenwärtig überhaupt zweckmässig ist, einen ausgesprochenen Parteifilm herauszubringen. Ein ähnlicher Versuch, der von Sinding und Halvorsen (als Textverfasser) geplante Film "Mein Leben für Norwegen" (Propagandafilm für den Kampf der Norwegischen Legion an der Ostfront), ist vor einiger Zeit an der ablehnenden Haltung der für den betreffenden Film vorgesehenen Schauspieler gescheitert. Dazu kommt andererseits ein persönliches Spannungsverhältnis zwischen dem Filmdirektorat und Walter Fürst. In Filmdirektorat meint man, daß Fürst nicht die nötigen Voraussetzungen als Regisseur für einen solchen Film habe. So wechselvoll die berufliche Tätigkeit von Walter Fürst in den vergangenen Jahren auch gewesen ist, hat sie doch bisher mit filmischer Gestaltung nicht sonderlich viel zu tun gehabt. Auf höhere Weisung (Lunde) soll aber Fürst in jeder Hinsicht unterstützt und der Film bei der staatlichen Norsk Film A/S gedreht werden. Umgekehrt beschimpft Fürst die Männer des Filmdirektorates durch als Jössinger, die seinen Film sabotieren wollten. Mit den ersten Außenaufnahmen soll in den nächsten Tagen in Telewerken begonnen werden, nachdem die in Oslo im Zentrum der Stadt geplanten und von der Presse schon angekündigten Aufnahmen wegen technischer und organisatorischer Mängel nicht durchgeführt werden konnten.

Neben dem nationalen Film und dem Propagandafilm steht die auf Initiative von Minister Lunde seit dem vorigen Jahre aufgenommene

Arbeit mit den norwegischen Kulturfilmen. Nachdem bereits Nord-Norge, Telemarken und Trøndelag in ihrer landschaftlichen und kulturellen Eigenart ausgewertet wurden, wird gegenwärtig an einem Film über Bergen gearbeitet. Dieser Film soll in einem historischen Querschnitt die Entwicklung der Stadt behandeln und die baulichen Kulturdenkmäler durch entsprechende Filmszenen in Beziehung zu ihrer Zeit setzen, z.B. die bekannte Haakonshalle mit Szenen vom Leben am Hofe Haakons oder das Hanseatische Museum mit Szenen vom Handels- und Geschäftsbetrieb der Handelszeit. Auch bekannte norwegische Künstler und Dichter, soweit sie in Bergen gewirkt haben, werden in den Film erscheinen, z.B. Ole Bull, Edward Grieg, J.C. Dahl und Chr. Michelsen.

"Akersk Kinoblad", das offizielle Organ des Filmdirektorats, weist in Nr. 2 d.Js. auf die hohen Herstellungskosten für die Kulturfilme hin. Während sie noch 1941 etwa 20000 Kr. für einen Film betragen, sind sie jetzt infolge der allgemeinen höheren Produktionskosten auf durchschnittlich 30 000 Kr. (z.B. für den Trøndelagfilm) gestiegen.

Auch die norwegischen Wochenschauen, die ebenso wie die Kulturfilme seit etwa einem Jahre auf die besondere Initiative von Minister Lunde gedreht wurden und nicht nur als Programmsatz, sondern in starker Masse auch als Propagandanittel für die Partei gedacht sind, stellen sich verhältnismässig teuer in Vergleich zu dem, was sie bieten. Die kürzlich herausgekommene Wochenschau Nr. 34 wurde von den Osloer Kritikern übereinstimmend als recht ungleichmässig in ihrem Wert beurteilt. Bezeichnend ist ein Absatz aus der Kritik von "Aftenposten" (von 14.7.1942):

"Wir ein Arbeitsdiensttreffen in Hamar und für Bilder von Trainingslager des norwegischen Sportverbandes in Eggedal hatte man auch noch Platz gefunden samt einer Reportage von einem Rundfunkarrangement mit Grüßen an die norwegischen Seelente. Die Reportage wurde abgeschlossen mit einer deutschen Bildmontage, die zeigt, wie es den norwegischen Schiffen ergeht, die nicht der Aufforderung folgen, deutsche, italienische oder japanische Häfen anzulaufen, sondern weiterhin für England fahren."

Seit Juni ds.J. wird eine neue 14tägig erscheinende Filmzeitschrift, das "Filmbladet" herausgebracht, die in Sinne des Filmdirektorates arbeitet und als Gegengewicht gegen das "Film Journalen" (Redakteur Egil Ekko, politischer Gegner) gedacht ist.

- 33 -

Die Zeitschrift erscheint in der gleichen Aufmachung wie die frühere "Oslo Illustrerte" und ist geschäftsmässig indirekt eine Fortsetzung dieses illustrierten Blattes, das infolge seiner offenen NS-ässigen Ausrichtung mehr und mehr boykottiert wurde und sein Erscheinen schließlich einstellen mußte. Bereits in der zweiten Nummer des "Filmsbladet" ist ein Wettbewerb um die beste Filmmovie ausgeschrieben worden. Bemerkenswert ist hierbei, daß das Filmmovie unbedingt norwegisch sein muß, was in der letzten Nummer (Nr. 5) noch besonders hervorgehoben wurde. ("..Es steht den Teilnehmern frei, das Genre zu wählen, aber wir können so viel sagen, daß man die größten Chancen hat, je norwegischer der Film ist..")

Der Verleih der deutschen Filme in Norwegen wird durch die jetzt erfolgte Gründung eines eigenen Ufa-Filmbüros neu geregelt. Das Ufa-Filmbüro soll jedoch nicht nur die Ufafilme, sondern überhaupt alle deutschen Filme für den Verleih in Norwegen bearbeiten. Geschäftsführender Direktor ist Stig B a u c k, der bisherige Mittdirektor von Kommunens Filmcenral.

In Trondheim wurde aufgrund von Geisellaktionen ein Kinostreik durchgeführt. Am 7.6.42 demonstrierten etwa 300 Personen vor dem dortigen Kino und zwangen die Kinobesucher zur Umkehr. Als Gegenmaßnahme wurden 10 weitere namhafte und als deutschfeindlich bekannte Persönlichkeiten festgenommen. Gleichzeitig wurde das Kino für die norwegische Zivilbevölkerung auf die Dauer von 3 Monaten gesperrt.

In Trondheim bei Bergen wurde am 3.7.42 die Vorführung eines Werbefilms für die Waffen-SS und Norwegische Legion in Kino "Fana-hallen" durch Lachen, Zwischenrufe und Pfeifen gestört. Norwegische Polizei unterbrach die Vorstellung und veranlaßte das Publikum zum Verlassen des Kinos. Auf der Straße wurden die Demonstrationen fortgesetzt. Das Kino wurde einstweilen geschlossen. Die Schließung dieses Kinos hatte zur Folge, daß in einem Bergener Kino bei der Vorführung der norwegischen Wochenschau Nr. 32 das Aufsichtspersonal verstärkt wurde. Besucher, die bei der Vorführung von Quislingbildern auffällig starken Hosten bekamen oder sich sonst irgendwie demonstrativ äußerten, wurden von Aufsichtspersonal kurzerhand aus dem Kino gewiesen.

Presse und Schrifttum.Presse.

Die in früheren "Keldungen aus Norwegen" verschiedentlich besprochenen Mißstände bei der Stavanger Presse haben Ende Juni dazu geführt, daß der bisherige verantwortliche Schriftleiter des "Stavanger Aftenblad", Kringlebotn, durch das Pressedirektorat beurlaubt wurde. Nach Berichten aus Stavanger hat die Abberufung Kringlebotns, die am 29. Juni bekanntgegeben wurde, bei der Bevölkerung Befriedigung, bei seinen Freunden, die sämtlich dem Kreis um Kvadsheim entstammen, Bestürzung ausgelöst. Die Letzteren betrachten ihn als "ein Opfer der Deutschen" und sind bemüht, die Beurlaubung rückgängig zu machen.

Die verantwortliche Schriftleitung wurde bis auf weiteres dem Hauptschriftleiter des "Stavangeren", P a u s e t t , übertragen. Sowohl das äußere Bild des "Stavanger Aftenblad" als auch besonders die Leitartikel haben sich seitdem wesentlich zum Positiven gewandelt.

Die Einsetzung Pausetts wurde selbst in Gegnerkreisen positiv aufgenommen, da sich Kringlebotn durch seine unbeherrschte Art außerordentlich unbeliebt gemacht hatte. Auch unter den Mitarbeitern der Zeitung ist, wie aus Stavanger berichtet wird, "die Ablösung Kringlebotns mit einer gewissen Befriedigung aufgenommen worden, wenngleich der Redaktionssekretär O s t l e b y eine gewisse Enttäuschung darüber, daß nicht er Hauptschriftleiter geworden ist, nicht hat verbergen können."

In dem Bericht aus Stavanger heißt es weiter: "Solange es sich nicht anders ergibt, scheint das getrennte Erscheinen der beiden Zeitungen "Stavanger Aftenblad" und "Stavangeren" unter einheitlicher Leitung zu die beste Lösung zu sein, wenigstens so lange man nicht einen wirklich brauchbaren Redakteur gefunden hat."

Die einheitliche Führung bedingt, daß für die redaktionelle

nelle Arbeit wirtschaftliche Erwägungen im Hinblick auf den Konkurrenzkampf der beiden Blätter ausgeschaltet werden und dadurch eine positive politische Berichterstattung möglich ist. Pausett beabsichtigt, "Stavanger Aftenblad" als NS-Blatt, "Stavangeren" in erster Linie als Blatt "für gebildete Kreise", jedoch mit der gleichen positiven Tendenz wie das "Aftenblad", zu führen. Störend wirkt sich lediglich noch die Anwesenheit Kringlebotns in Stavanger aus, der nach wie vor bemüht ist, Pausett Schwierigkeiten zu machen."

Unter der Redaktion von Ralph F o s s u m erschien die erste Nummer der neuen Wirtschaftszeitschrift "Ny Økonomi", Herausgeber ist A/S Nasjonale Pressebyraa. Nach einem einleitenden Aufsatz stellt sich die Zeitung insbesondere drei Aufgaben:

Einmal sollen in sachlichen Aufsätzen die vielfältigen Probleme behandelt werden, die auf dem Gebiete der Wirtschaft durch die neue Zeit gestellt werden. Weiter soll laufend über die Arbeit berichtet werden, die im Zuge der Revolution auch des Wirtschaftslebens geleistet wird. Die dritte Aufgabe sei die laufende Orientierung über die öffentliche und kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik, für die das richtige Verständnis zu schaffen sei.

Darüber hinaus will die Zeitschrift die Wirtschaftsstatistik kommentieren und über alle wichtigen Begebenheiten auf dem Gebiete der Wirtschaft berichten.

Schrifttum.

Der Norwegische Verlegerverein versandte an die Verleger die auf Grund der Proteste (siehe Nr. 40 und 41 der "Meldungen aus Norwegen") neugefaßten Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über den norwegischen Verlegerverein. Sie bestätigen die Änderungen, über die bereits berichtet wurde.

Gleichzeitig wurde den Mitgliedern des Verlegervereins mitgeteilt, daß der im Sinne der Papierrationierung verordnete

- 36 -

Genehmigungszwang für Schrifttuserzeugnisse zurückgezogen wird. Er soll durch die Festlegung einer bestimmten Quote für Papierkäufe ersetzt werden, die einem bestimmten Teil der durch die einzelnen Verlage früher getätigten Einkäufe entspricht.

Eine konsequente Durchführung dieser Regelung würde bedeuten, daß für belangloses oder in seiner Auswirkung sogar negatives Schrifttum ein gleicher Anteil an Papier gegenüber früher zur Verfügung gestellt wird, wie es für politisches oder sonstwie positives Schrifttum geschieht. Da die positiv geleiteten Verlage in letzter Zeit ein bedeutendes Anwachsen ihres Umsatzes zu verzeichnen hatten, ihre Papiereinkäufe früher aber verhältnismässig gering waren, entsteht damit eine mit den politischen Forderungen unvereinbare Schädigung der Verlegertätigkeit für positives Schrifttum. Nach Mitteilung des Verlages Kamban wirke sich das jetzt z.B. schon darin aus, daß es dem Verlag nicht möglich sei, die benötigten Papiermengen für geplante politische Veröffentlichungen anzukaufen, während für den Druck politisch nicht interessierender Schriften bei anderen alten Verlagen, die eben erst wieder durch ihre Protestaktionen gegen die Neuordnung auf dem Gebiete des Verlagswesens ihre politisch gegnerische Haltung bekundet hätten, Papier zur Verfügung stehe.

Als zweiter und dritter Band der im Verlag Gunnar S t e n e r - s e n herauskommenden Serie "Große deutsche Romane", von der vorher bereits "Anilin" von Schentzinger vorliegt, erschienen Friedrich G r i e s e s "Winter" und Martin L u s e r k e s "Hasko". Wie früher Schentzingers Romane, werden auch diese beiden Bände in der Presse ausführlich und allgemein sehr positiv besprochen. Lediglich das Osloer "Morgenbladet" kann es - ganz in Übereinstimmung mit seiner immer wieder bezeugten politisch negativen Haltung - nicht unterlassen, bei der Besprechung des Romans von Lusørke eine Reihe von "Schwächen" festzustellen. Ähnliche Vorbehalte macht Haakon Bugge Mahrt bei der Behandlung von Grieses "Winter" in "Dagbladet".

Als nächstes Buch der insgesamt 10 Bände umfassenden Serie wird K.B. von M e c h o w s "Vorsommer" erscheinen, das im Druck bereits vorliegt.

Viel Beachtung erfährt die bei Stenersen erschienene Bibliographie "Die norwegischen Übersetzungen deutscher Schönliteratur 1914 - 1941", die von Dr. Fritz M e y e n zusammengestellt wurde. Erfreulicherweise stellen eine ganze Reihe von Besprechern eindeutig heraus, daß das deutsche schöne Schrifttum bisher nur in ungenügender Masse und in ungünstiger Auswahl (Emigrantenschrifttum!) ins Norwegische übersetzt wurde.

Landslaget for Reiselivet i Norge gibt den Deutschen in Norwegen mit einer deutschsprachigen übersichtlichen Broschüre "Wohin in Oslo" einen guten Wegweiser für Oslo in die Hand.

Bei Blix erschien unter dem Titel "Også vi naar det blir krevet..." (= Zitat aus der Nationalhymne) eine Sammlung von Aufsätzen norwegischer Frauen "über die nationale, moralische und politische Wiedergeburt in Norwegens Schicksalsstunde". Die Redaktion des Werkes, zu dessen Verfasserinnen u.a. Olga B j o n e r und Halldis N e e r g a a r d - Ö s t b y e gehören, lag bei der Konsulentin im Kulturdepartement, Frau Ragna Prag M a g e l s e n .

Die Lehrergruppe der NS zeichnet als Herausgeber einer kleinen Schrift "Hva bør du vite om den nye tid" (Was mußt Du von der neuen Zeit wissen), die von der Presse- und Propagandaabteilung der NS herausgebracht wurde,- Eine Reihe von Artikeln, Vorträgen und Gedichten, die die Stellung der NS zum Christentum beleuchten sollen, faßt die Broschüre "Under Hellig Clavs merke" (Stenersen) zusammen.

d.) Verwaltung und Recht.Verwaltung.

In den "Meldungen aus Norwegen", Nr. 41 vom 1. Juli 1942 wurde ein kurzer Rückblick über die in den Monaten Mai und Juni in Gesamtnorwegen durchgeführten Fylkesting gegeben und der allgemeine reibungslose Verlauf hervorgehoben. Wie nun nachträglich bekannt wurde, kam es während des Thing des Møre - og Romsdalfylke zu einigen bemerkenswerten Zwischenfällen. Der Verwaltungsbezirk Møre og Romsdal erstreckt sich etwa von Aalesund über Molde bis über Kristiansand hinaus an der Westküste zwischen Bergen und Drontheim. Die Bevölkerung dieses Landstriches zeichnet sich durch eine besonders gegnerische und feindliche Einstellung aus, die bekanntlich in den letzten Monaten ein wiederholtes Eingreifen des Reichskommissars sowie der deutschen Sicherheitspolizei erforderlich machte. Während des vom 22. bis 26. Juni 1942 in Aalesund abgehaltenen Thing schlug der Fylkesmann Kvadsheim vor, ein Huldigungstelegramm an den Ministerpräsidenten Quisling abzuschicken. Bei der Frage, ob alle Anwesenden damit einverstanden seien, musste festgestellt werden, dass 17 Bürgermeister dieser Kundgebung ihre Zustimmung verweigerten. Das Telegramm wurde trotzdem abgesandt. Ein weiterer Zwischenfall ereignete sich während desselben Thing, als ein Bürgermeister, der bereits in den Reihen der norwegischen Legion mitgekämpft hatte, für die an der Seite Deutschlands kämpfenden europäischen Freiwilligen in spontaner Form seiner Begeisterung Ausdruck gab. Obwohl sich der Grossteil der Versammlung dabei von den Plätzen erhoben hatte, blieben die übrigen demonstrativ auf ihren Plätzen sitzen.

Die Tätigkeit der Polizeiorgane auf dem Gebiet der Preisüberwachung hat in den letzten Monaten einen grösseren Umfang angenommen. Die hier vorliegenden Unterlagen lassen jedoch teilweise eine gegnerische Einstellung verschiedener Preispolizeibehörden

polizeibehörden gegenüber NS-Angehörigen erkennen. Wenn ein derartiges Verhalten anlicher Stellen sich im einzelnen auch schwer nachweisen lässt, so mehrten sich doch in den letzten Monaten die Fälle, wonach die Preispolizei ihr besonderes Augenmerk auf NS-Angehörige richtete und dann - im Vergleich zu gegnerisch eingestellten Geschäftsleuten - nicht jeden Sachverhalt nach den gleichen Richtlinien bearbeitete. So wird z.B. aus Tromsø gemeldet, dass NS-Geschäftsleute der Preispolizei eine einseitige Ausübung ihrer Überwachungsfunktionen vorwerfen. Die "planmäßige Verfolgung" von NS-Geschäftsleuten gehe so weit, dass ein Kaufmann, sobald er in die NS eintrete, sofort von der Preispolizei kontrolliert würde. Der Bürgermeister von Tromsø sprach sich in ähnlichem Sinne aus, wobei er bemerkte, dass die Preispolizei den "Jössingern" ein guter Ratgeber sei, für die NS aber den Verfolger darstelle. Das Ziel sei, die NS-Konkurrenten "fertig zu machen". Auch der stellv. Fylkesmann T h u e in Tromsø wies auf die Folgen hin, die entstehen, wenn die Preispolizei weiterhin den "Jössingern durch die Finger sehe". Die Differenzen spitzten sich so weit zu, dass sich vor einigen Wochen der ehemalige Fylkesfører F r e d r i k s e n kurz vor seiner Abberufung in energischer Form einschalten musste und, in Übertretung seiner Befugnisse, der Preispolizei in Tromsø verbot, Geschäfte von NS-Angehörigen zu betreten.

Die Einseitigkeit hinsichtlich der politischen Zusammensetzung der Preispolizei in Tromsø-Fylke muss zwangsläufig zu Spannungen führen, wenn auch festzustellen ist, dass von Seiten der NS die Arbeitsweise der Preispolizei vielfach übertrieben negativ dargestellt wird. Tatsache ist jedoch, dass einige Preispolizeibeamte den gegnerisch gesinnten Geschäftsleuten gegenüber äusserst höflich auftreten, während sie dies bei NS-Angehörigen allgemein vernissen lassen. So wird z.B. dem Preispolizeibevollmächtigten W a l l e r u d, der bereits mehrfach inner-

halb

halb der Tromsøer Preispolizeibeamtenschaft unliebsam auffiel, von NS-Seite scharf angegriffen. Wallerud bestritt zwar jede einseitige Anwendung der Vorschriften und ist, um den Vorwurf einer Parteilichkeit von sich abzuwenden, sogar bemüht an Hand von Zahlen und Unterlagen sein korrektes Verhalten zu bekräftigen. Wie hierzu jedoch berichtet wird, stehe es einwandfrei fest, dass über NS-Angehörige prozentual weit mehr Anzeigen eingehen als über gegnerisch eingestellte Geschäftsleute, die Überpreise für ihre Waren verlangten. Beispielsweise verhängte Wallerud in einem Falle eine Strafe in Höhe von 3 000 (dreitausend) Kronen, während das Preisgericht nach erfolgter Beschwerde des Angeklagten die Strafe auf 100 (einhundert) Kronen herabsetzte. Der Sachverhalt war folgender: Ein NS- und deutschfreundlich eingestellter Kaufmann hatte aus Unachtsamkeit gegen die Preisbestimmungen verstossen. Eine Bereicherung aus Gewinnsucht lag nicht vor, vielmehr hatte ein Angestellter zu hohe Preise verlangt. Wallerud versuchte den Nachweis der Vorsätzlichkeit zu erbringen, während das Preisgericht zur einwandfreien Feststellung gelangte, dass diese keinesfalls vorliege und die von der Preispolizei erkannte Strafe in Höhe von 3 000 Kronen als ungerrecht, bezw. unverhältnismässig hoch bezeichnet werden müsse.

e) WirtschaftErnährungswirtschaftVersorgungslage

Die Annahme der Bevölkerung, dass die Versorgungslage mit der fortschreitenden Jahreszeit besser werden würde, hat sich bisher nicht bestätigt. Teilweise wird z.B. aus Bergen sogar von einer Verschlechterung berichtet. Dort haben seit Ende Juni die bis dahin regelmässig erfolgten Kartoffellieferungen vollkommen aufgehört und es soll auch nicht damit zu rechnen sein, dass vor Mitte August wieder Kartoffeln nach Bergen kommen. Auch wird fast aus allen Teilen Norwegens gemeldet, dass Tomaten, Gurken, Salat, Rhabarber, Radieschen und ähnliches Frischgemüse, womit zu dieser Jahreszeit der Markt in normalen Zeiten reichlich beliefert war, im regulären Handel kaum zu haben sind. Die Produzenten erklären, dass es sich nicht lohne, diese Erzeugnisse auf den Markt zu bringen, weil die Preise zu niedrig festgesetzt seien. Aus dem Nordland-Fylke wird gemeldet, dass die Zufuhr von wichtigen Lebensmitteln immer mehr nachlässt. Es wird befürchtet, dass beim Ausfall des Schiffsverkehrs für mehrere Tage mit erheblichen Versorgungsschwierigkeiten zu rechnen ist. Die Mehlversorgung im dortigen Bereich ist bereits sehr angespannt, da die staatlichen Silos bereits geleert sind. Die Zufuhr von Mehl aus dem Süden ist so gering, dass der Bedarf bei weitem nicht gedeckt werden kann.

Auf Grund dieser Versorgungsschwierigkeiten macht sich in der Bevölkerung ein steigender Pessimismus bemerkbar. Für die kommenden Monate und besonders für den nächsten Winter werden grösste Schwierigkeiten befürchtet. Diese stimmungsmässige Reaktion wird durch die verschiedensten Gerüchte noch verstärkt und öffnet dem

Schleichhandel Tür und Tor.Landwirtschaft

Wegen des Pferdemangels sind, einem Bericht aus Tromsø zufolge, die Landgemeinden bemüht, die vorhandenen Traktoren planmässig und restlos einzusetzen. Im Bezirk Harstad wurden von verschiedenen Gemeinden Traktoren gekauft, die den Landwirten zu einem Preis von 10,-- Kr. pro Stunde zur Verfügung gestellt werden. Teilweise werden die Bauern mit der Handhabung der Traktoren durch deutsche Soldaten vertraut gemacht. Wo keine Traktoren zur Verfügung stehen bzw. wegen des schwierigen Geländes nicht eingesetzt werden können, stellt die Deutsche Wehrmacht, wenn irgend möglich, Pferde zur Verfügung.

Über den Viehbestand wird nachstehend ein Bericht aus Harstad wiedergegeben:

"Ein Überblick über den Viehbestand der letzten 2 Jahre zeigt einen deutlichen Rückgang, der sich in verschiedenen Distrikten bis auf über 50 % des Vorkriegsbestandes verringert hat. Die Hauptschuld hierbei tragen die mangelhafte Zufuhr bzw. Verteilung von Kraftfutter und die schlechten Heuernten. Darüber hinaus ist der qualitative Stand der Züchtungen derartig niedrig, der nur schwerlich den Anforderungen der Notzeit (Ersatzfutter, wie Cellulose usw.) gewachsen ist. So wurde auf der Insel Hinnøy 3/4 des Schweinebestandes wegen Futtermangels abgeschlachtet. Dies trifft für den Grossteil der sich im Senja Polizeimeisterbezirk befindlichen Tierarzt-distrikten zu, wo Hühner, Ochsen und besonders Kälber bis über 50 % abgeschlachtet wurden.

Viele Bauern lehnen eine Verwendung des zur Verfügung stehenden Cellulosefutters ab. Von anderer Seite wird über die mangelhafte Eiweisshaltigkeit der Cellulose geklagt. Durch die mangelhafte Zuteilung von Kraftfutter für Jungtiere (Zuteilung erfolgt erst vom 6. Monat ab und kann nur vorgenommen werden, soweit überhaupt Kraftfutter vorhanden ist) ist die Aufzucht auch für die Zukunft sehr in Frage gestellt.

Verschiedene Distrikte versuchen jetzt durch Zusammenschliessung, Zuchtvereinigungen für Gross- und Kleinvieh ins Leben zu rufen, um damit die Qualität des allgemeinen Viehbestandes zu erhöhen, zumindest aber dem qualitativen Rückgang Einhalt zu gebieten. Der Mangel an guten Zuchttieren wirkt sich besonders krass in der Schafzucht aus.

Die neuen Zuchtvereinigungen soll vor allen Dingen mit dem ebenfalls z.Zt. noch sehr mangelhaften Zuchtkontrollorganen eng zusammenarbeiten und diese unterstützen, sowie für die Anschaffung neuer und guter Stammtiere Sorge tragen."

Aus Tromsø wird berichtet, dass die Verordnung vom 17.3.42 betr. Sammeln von Speiseabfällen für die Viehütterung, bisher nicht zur Durchführung gekommen ist. Die Versorgungsämter haben die in dieser Verordnung geforderte Organisation, die für die regelmässige Abholung der Speiseabfälle Sorge tragen sollte, bis heute in keiner Weise aufgezogen. Verschiedentlich wird der Vorschlag gemacht, dass die Kommunen, ähnlich wie in Deutschland die ESV, Schweinemästereien aufziehen sollten.

Fischwirtschaft

In Finnmarken ist der sogenannte Frühjahrs-Fischfang etwa am 20.6. abgeschlossen worden. Das Ergebnis mit 5 000 t wird als sehr gering bezeichnet. 2 200 t wurden den Gefrierbetrieben und dem Inlandsverbrauch zur Verfügung gestellt. Der Rest wurde als Stock- und Salzfish verarbeitet. Die schlechten Fangergebnisse sollen zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass im Juni das Ölquantum für Fischer und Fischtransportflotten auf $\frac{1}{3}$ der früheren Quote herabgesetzt worden ist.

Der Seelachsfang an der Küste von Møre bis Helgeland hat bisher ausgezeichnete Ergebnisse gebracht und lässt auch weiterhin bei günstigem Wetter gute Fangergebnisse erhoffen. Die Gefrieranlagen in Dronheim konnten bisher aus diesen Fängen voll versorgt werden, so dass die geringen Ergebnisse in Finnmarken, besonders für die Frostfilet A/S, zum grössten Teil ausgeglichen werden konnten.

Aus Bodö wird berichtet, dass die Lachsfischerei im dortigen Gebiet insofern gewisse Schwierigkeiten macht, als die für die Instandsetzung der Netze erforderlichen Ersatz- und Reparaturstoffe nicht beschafft werden können.

Handel

Wie bereits erwähnt, wird verschiedentlich berichtet, dass die Gerüchte über die zu erwartenden Versorgungsschwierigkeiten für die Zukunft und besonders für den Winter den Schleich- und Tauschhandel erheblich fördern, der ausserdem noch durch die teilweise zu niedrig festgesetzten Höchstpreise begünstigt wird. So ist beispielsweise Lachs fast vollständig vom Markt verschwunden und nur noch im Schwarzhandel zu haben. Die Preispolizei in Bergen beschlagnahmte kürzlich etwa 800 kg Lachs, der zu erheblichen Überpreisen im Schwarzhandel verkauft werden sollte.

Die Routenschiffe führen neuerdings, so wird aus Bergen berichtet, auffallend viel Kisten mit sich, die weder die Anschrift des Absenders noch die des Empfängers tragen, sondern nur mit einem versteckt angebrachten Zeichen versehen sind. Die von den Verkäufern verständigten Empfänger holen die Kisten von den Booten ab, wenn keine Kontrollen zu erwarten sind. Es wird behauptet, dass auf diese Weise, neben anderen Nahrungsmitteln, beträchtliche Mengen Lachs umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang wird von einem Ansteigen der Nahrungsmitteldiebstähle berichtet. So geht beispielsweise aus einem Bericht aus Bergen hervor, dass auf den Routenschiffen verschiedene Sendungen Gemüse, Fisch usw. abhanden gekommen sind. Von dem Disponent der Firma "Bergens kom. Fisk og Landbrukshandel" wurde als Beispiel angeführt, dass von einer Sendung von 2 500 kg Mohrrüben 551 kg spurlos verschwunden sind. Auch andere Händler berichten, dass sich die Verluste durch Lebensmitteldiebstähle auf dem Transport und in den Lagerräumen zu einem ernsten Problem für den gesamten Handel auswirken.

Aus Molde wird berichtet, dass besonders Jugendliche Diebstähle und schwere Einbrüche verüben und die erbeuteten Waren mit deutschen Soldaten gegen Tabak und Alkohol tauschen. Es handelt sich hierbei um eine Gruppe von 8 jugendlichen Burschen, die 8 nachgewiesene Einbrüche begangen und mit deutschen Soldaten u.a. folgende Tauschgeschäfte gemacht haben:

1. Eine Büchse Schinken von etwa 8 kg gegen $\frac{1}{4}$ Flasche Brantwein und 24 Zigaretten.
2. 2 kg rote Wolle gegen 3 Pakete Tabak, 36 Zigaretten und $\frac{1}{2}$ Flasche Brantwein.
3. Eine Kiste Seife (50 Stück) gegen 1 Flasche Brantwein, 2 Pakete Tabak und 2 Schachteln Zigaretten.
4. 4 kg Garn gegen 1 Flasche Rum, 1 Flasche Brantwein und 1 Paket Tabak.

5. 2 Kisten Seife je 100 Stück gegen 2 Pakete Tabak,
6 Schachteln Zigaretten und 2 Bierflaschen mit
Brantwein.

Bei der Vernehmung durch die norwegische Polizei erklärte einer der Jugendlichen, dass die Soldaten allgemein Tabak und Alkohol gegen andere Waren tauschen oder aber hohe Preise dafür verlangen. Die Soldaten hätten für 1 Paket Tabak 5,- Kr. und für 1 Flasche Brantwein bis zu 40,- Kr. verlangt.

Finanzwirtschaft:

Ungewöhnlich zahlreiche Hypothekenablösungen.

Aus Bronheim wird gemeldet, dass im Fylke Møre und Romsdal im letzten halben Jahr ungewöhnlich viele Hypotheken zur Rückzahlung gekommen sind. Bankfachleute führen dies einmal darauf zurück, dass sehr viel Geld unter der Bevölkerung ist und zum anderen auf das neue Gesetz (Tinglyssingslova), das etwa dem deutschen Gesetz zur Bereinigung der Grundbücher entspricht.

Erhöhte Kriegsabgaben für Bier, Wein, Rauchwaren usw.

In der Bevölkerung wird nach wie vor über die erhöhten Kriegsabgaben für Bier, Wein, Rauchwaren und dergleichen, die auf Grund der Verordnung vom 16.5.42 festgesetzt worden sind, heftig diskutiert. So wird beispielsweise einem Bericht aus Bergen zufolge besonders die Begründung, mit der seinerzeit die neuen Steuern angekündigt wurden, kritisiert. Die Bevölkerung erblickt in diesen Kriegsteuern nichts anderes als einen weiteren Schritt zur Vertenerung. Nachstehend wird die Stellungnahme eines Norwegers wiedergegeben, die typisch für die allgemeine Stimmung der Bevölkerung ist:

"Die angeblichen Vorteile für die Gesamtwirtschaft, mit der die fühlbare Besteuerung vieler zur Notwendigkeit ge-

werdenden täglichen Bedarfsgüter der Bevölkerung schmackhaft gemacht werden sollten, sind für die meisten Norweger nicht zu erkennen. Die Gedankengänge eines einfachen Mannes aus dem Volke mögen primitiv sein; zweifellos gibt man sich auch im allgemeinen nur ungern tiefsinnigen Betrachtungen hin, eines ist aber sicher: Das Volk hat einen wachen Blick für Realitäten und eine gewisse Fähigkeit, die Tatsachen richtig einzuschätzen. Wenn Herr Hasle in seinen Erklärungen meint, dass der Verdienst eines Bauern im Verhältnis zu dem eines Industriearbeiters zu gering sei, so mag er vielleicht bei oberflächlicher Betrachtung Recht haben. Hasle hat aber zweifellos die augenblickliche Situation nicht berücksichtigt. Ferner weiss jeder, dass die Industriearbeiter in der Stadt wesentlich höhere Ausgaben haben als die Bauern. Bei einem Arbeiter wird jede noch so kleine Einnahme von der Steuer erfasst, während bei den Bauern manches übersehen wird. Es darf auch nicht vergessen werden, dass der Bauer heute viele Nahrungsmittel fast ohne Entgelt bekommt, die der Arbeiter nur gegen hohe Bezahlung erhalten kann. - Was die Bezahlung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse angeht, so stellt man in der Bevölkerung die Frage, ob die Bauern noch grössere Verdienste z.B. an der Milch haben sollten, die bekanntlich zum grössten Teil zu Überpreisen durch illegale Kanäle an den Verbraucher kommt und für die arbeitende Bevölkerung kaum zu beschaffen ist. Der Arbeiter bekommt ein ganz geringes Quantum entrahmter Vollmilch, bestenfalls 3 bis 4 mal in der Woche, auf dem Lande dagegen fliesst die Milch. Wo bleibt - so fragt man - die Butter, um die man in der Stadt fast wie um sein Leben kämpfen muss, wenn man seine rechtmässige Ration haben will. Jeder kann sich mit den wahren Verhältnissen bekanntmachen, wenn er sich die Mühe gibt und des sonntags die Routenboote beobachtet, die von Tausenden verlassen werden, die mit Milcheimern und vielerlei guten Sachen be-

laden sind. Wir wissen, so erklärt man in der Arbeiterschaft, dass die Bauern hier gutes Geld beim verbotenen Verkauf rationierter Waren verdienen. Wir wissen, dass wir Eier für 70 bis 90 Öre pro Stück haben könnten, so viel wir wollten, oder Butter für Kr. 15,-- , Rundfleisch für Kr. 8,-- und Schweinefleisch für Kr. 15,-- pro Kilo, wenn wir es bezahlen könnten. Wenn wir Tabak oder Schnaps bringen könnten, würde kein Bauer uns den Verkauf seiner Erzeugnisse abschlagen. Wir wissen auch, dass enorme ^{von Waren/} Mengen auf der schwarzen Börse verkauft werden und wir sehen, wie stolz und herablassend die Bauern uns Städtern gegenüber treten. - Ist es bei dieser Sachlage notwendig, dass die Bauern noch mehr auf Kosten der Städter unterstützt werden? Es ist eine alte Weisheit, dass die Bauern nie zufriedengestellt werden können. Zurzeit der bürgerlich-marxistischen Regierung bekamen die Bauern auch Zuschüsse verschiedenster Art. Wenn nun die neue Regierung denselben Weg geht, wäre es uns lieber gewesen, wenn wir die alte Regierung behalten hätten. - Die Bauern sind die egoistischsten Menschen, die man sich denken kann. Sie würden lieber die Städter verhungern lassen, als dass sie ihre Waren billiger verkaufen. In der Bevölkerung wird oft auf die Zeiten des Weltkrieges und der letzten Kriegshandlungen gegen die Deutschen hingewiesen, wo die Bauern den norwegischen Soldaten vielfach den Verkauf von Esswaren verweigerten mit der Begründung, dass die Soldaten nicht richtiges Geld, sondern "Steffenageld" (nach dem General Steffens genannt) hätten.

Die in vorstehenden Bericht geschilderte Stimmung der Bevölkerung gegen die Bauern ist überall anzutreffen. Es ist festzustellen, dass ein allgemeiner Hass und eine grosse Verbitterung gegen die Bauern aufgekommen ist. Häufig werden Ausdrücke gebraucht wie "man wolle lo mal lieber einen Bauern als einen Deutschen umbringen" oder "Es müssten Kopfpreise auf die Bauern ausgesetzt werden." usw.

- 49 -

Jahresversammlung der norwegischen Bankvereinigung.

Als Abschluss der Jahresversammlung der norwegischen Bankvereinigung wurde für die Teilnehmer ein Essen gegeben, zu dem u.a. Finanzminister Prytz und der Direktor der Norges Bank, Rygg, teilnahmen. Diese Veranstaltung verdient deshalb besondere Beachtung, als auf ihr Direktor Rygg eine Ansprache hielt, die bezeichnend für seine politische Einstellung und Beurteilung der Kriegsprobleme ist. Rygg erklärte, dass die Zeiten sehr schlecht seien, sie aber noch schlechter würden. "Die Arbeitslosigkeit," so führte er weiter aus, "ist noch lange nicht beseitigt, sie ist im Gegenteil noch nie so gross gewesen wie heute". Auf die verteidigungsmässigen Arbeiten der Deutschen Wehrmacht eingehend erklärte Rygg: "dass ein grosser Teil der Arbeiten, die jetzt im Gange sind, nicht Werte schaffen, sondern Werte zerstören."

Minister Prytz kam in seiner Rede zunächst auf die Äusserungen des Rygg zu sprechen und gab zum Ausdruck, dass wohl ein grosser Teil der Arbeit, die heute geleistet werde, nicht direkt dem Erwerbsleben diene, man aber auf der anderen Seite nicht den Hintergrund und die Notwendigkeit der Arbeiten vergessen dürfe. Minister Prytz fuhr dann fort: "Um zu erklären, was ich meine, erlaube ich mir zunächst zu erzählen, dass ich mich in meiner Jugend viele Jahre in England, Frankreich, Russland und Finnland aufgehalten habe, teils als Geschäftsmann, teils als Handelsattaché und Offizier. Schon vor 35 Jahren kam ich zum ersten Mal nach Russland, um die militärischen und politischen Verhältnisse zu studieren. Lange vor dieser Zeit war ich zu dem Ergebnis gekommen, dass die Ostgrenze des germanischen Europas im höchsten Grade in der Gefahrenzone lag, und dass wir, um diese Ostgrenze zu halten, ein starkes Grossdeutsches Reich in Zentraleuropa haben müssen, welches politisch und militärisch mit den skandinavischen Ländern zusammenarbeitet. Während meines 20-jährigen Aufenthaltes

- 50 -

in Russland habe ich diese Ansicht immer mehr bestätigt erhalten. Von meiner jüngsten Jugend her bis heute habe ich nur ein und dieselbe Meinung in bezug auf diese Verhältnisse gehabt und zwar, dass die nordische Kultur in Westeuropa riskiert ausgeschaltet zu werden, wenn Westeuropa sich nicht gegen die Gefahr aus dem Osten wehren kann.

Die Gefahr von Osten ist bedeutend verschärft worden, nachdem die Ideologie des jüdischen Marxismus das leitende Prinzip bei diesen asiatischen Menschen in Osteuropa geworden war. Seit dem Weltkrieg ist der Bolschewismus eine doppelte Drohung gegen die Kultur Westeuropas. Heute haben die Deutschen den Kampf nicht nur für sich selbst, sondern auch für uns aufgenommen. Auf diesem Gebiet sind wir auch an diesem Kampf beteiligt, und zwar auf dem Gebiet, welches Direktor Rygg erwähnte.

Wenn es sich um das Verhältnis zu England handelt, kann keiner etwas anderes behaupten, als dass ich in meiner ganzen gefühlsmässigen Einstellung pro-englisch bin. Ich bin selbst auf den britischen Inseln aufgewachsen und habe einen grossen Teil meines Lebens dort verbracht. Ich schätze die Briten sehr hoch und viele meiner besten Freunde sind Briten. Aber wenn es sich um britische Politik handelt, so ist meine Meinung dieselbe, wie sie mein ganzes Leben lang gewesen war, nämlich, dass es ein Skandal ist, dass sie sich in die Politik des kontinentalen Europas einmischen. Und wenn es so weit geht, dass sie sich mit den Bolschewisten im Kampf gegen das nordische und mit ihnen verwandtes Volk alliieren, dann sind die Briten auch unsere Gegner.

Ich halte es von grosser Bedeutung für die Bewahrung der Kultur unseres ganzen Landes, dass unser Schutz ausgebaut wird, so dass wir in Zukunft unsere Freiheit und Selbständigkeit verteidigen können. Damit ist auch

die Grundlage für den Ausbau unseres ökonomischen Lebens gegeben.

Viktor Quisling und ich hielten uns während der ganzen Revolution in Russland auf und waren Zeugen des Entsetzens, das sich abspielte und davon, wie grosse Teile des intellektuellen Teils der Bevölkerung vernichtet wurden. Ich erinnere mich insbesondere daran, dass ein Bolschewistenkommissar namens Uritski ermordet worden war und als Repressalie ca. 600 000 Intellektuelle hingerichtet wurden. Ich war damals Handelsattaché in Russland und erhielt Berichte von verschiedenen Teilen des Landes und auf Basis dieser Berichte bin ich zu dieser phantastischen Zahl gekommen.

Unter dem Eindruck von dem, was in Russland während der Revolution vor sich ging, haben wir beide das Programm für eine politische Neuordnung in Norwegen aufgestellt. Dieses Programm ist später das Programm der Nasjonal Samling geworden, und ich will in dieser Versammlung gerne die Punkte referieren, die das Bankwesen betreffen: "Ein rationelles Geldsystem mit festem Geldwert auf einem Niveau, womit dem Gewerbsleben des Landes gedient ist.

Das Bankwesen wird umorganisiert und zentralisiert. Das Kreditgeben soll das Gewerbsleben im ganzen Lande wahrnehmen, sowohl die Gewerbetreibenden als auch die Grossen. Das Kapital soll dem Arbeitsleben dienen. Die Zinsenbürde wird erleichtert. Schädliche Spekulationen und ein übertrieben arbeitsfreies Einkommen wird verhindert. Sparkasseneinlagen und die Alters- und Lebensversicherung werden gesichert."

Ich kann mir nicht vorstellen, dass es in diesem Saal jemand gibt, der gegen dieses Programm irgendetwas einzuwenden hat und ich fühle mich überzeugt von dem

loyalen Mitwirken und der Zusammenarbeit aller Anwesenden, wenn diese Dinge gefordert werden sollen.

Von meiner Seite als Finanzminister können die Herren mit demselben Willen auf eine Zusammenarbeit rechnen und auf dieser Prämisse erlaube ich mir ein Prosit auf das norwegische Bankwesen auszubringen."

Arbeit und Sozialwesen:

Volksküchen in Kristiansund und Aalesund. In Kristiansund wurde vor ungefähr 3 Monaten eine Volksküche eröffnet, was sich auf die Stimmung der Bevölkerung günstig ausgewirkt hat. Die Küche wird von der Stadt selbst unterhalten. Es werden täglich ca. 600-700 Portionen Suppe zum Selbstkostenpreis ausgegeben, die aber bei weitem nicht die Nachfrage decken. Wegen der schlechten Raumverhältnisse konnte eine Erweiterung der Küche bisher nicht vorgenommen werden.

In Aalesund musste die Volksküche geschlossen werden, weil es nicht mehr möglich war, genügend Kartoffeln und Gemüse zu beschaffen. Die Schliessung dieser Küche wurde besonders von der minderbemittelten Bevölkerung bedauert. Die Küche wurde vom norwegischen Roten Kreuz unterhalten und die Suppe kostenlos abgegeben.

Fortfall der Trennungsschädigung. Der Fortfall der Trennungsschädigung hat unter den Arbeitern der Baustellen der A/S Nordag eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Verschiedentlich wurde von Arbeitern mit der Niederlegung der Arbeit gedroht und auf der Baustelle Eitheim waren bereits Anzeichen für einen Streikbeginn vorhanden, der nach Einschaltung des BdS und norwegischer Stellen verhindert werden konnte. Die Gewerkschaftsleitung wurde von Obmännern der Baustellen aufgefordert, zu dem Fortfall der Trennungsschädigung Stellung zu

nehmen. Die einzelnen Baustellen wurden daraufhin von der Gewerkschaftsleitung dahingehend unterrichtet, dass ein Anspruch auf die Trennungsschädigung nicht besteht und eine Einstellung der Arbeit auf alle Fälle zu verhindern ist. Die Gewerkschaftsleitung hat in einem Schreiben an das Sozialdepartement zu dieser Frage eingehend Stellung genommen und erklärt, dass sie sowohl als auch der norwegische Bauarbeiterverband die Berechtigung der vorgebrachten Klagen anerkennen. "Die verschiedene Deutung der Tarifverträge," so heisst es in diesem Schreiben, "trägt wesentlich dazu bei, Unruhe auf den Arbeitsplätzen zu schaffen, was rationell gesehen, ganz sinnlos ist, weil dies sowohl auf die Organisationsverhältnisse als auch auf die Arbeitsverhältnisse auf den verschiedenen Anlagen störend wirkt. Es ist darum dringend notwendig, dass man eine Lösung findet, die die gleichmässige Behandlung dieser Fragen sichert." Die Gewerkschaftsleitung schlägt dann eine generelle Diätvergütung in Höhe von 21,- Kr. wöchentlich vor, als Ersatz für die Trennung des Arbeiters von seiner Familie und zur Bestreitung der tatsächlichen Wohn- und Verpflegungskosten. In Gewerkschaftskreisen glaubt man auf diese Weise die Unruhe von den verschiedenen Arbeitsplätzen zu beseitigen und auf der anderen Seite zu verhindern, dass die Firmen, die loyal die Bestimmungen des Reichsabkommens befolgen, ihre Arbeiter verlieren, die sonst zu den Firmen abwandern, die sich nicht an die Bestimmungen halten.

Die Gewerkschaftsleitung vertritt weiterhin den Standpunkt, dass die Unruhe auf den Baustellen zu einem grossen Teil verhindert werden könne, wenn sie rechtzeitig von dem Fortfall der Trennungsschädigung unterrichtet worden wäre. Diese Gelegenheit gehabt

alp
ungspung

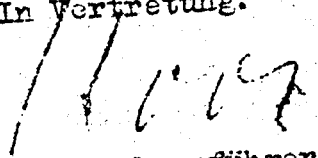
- 5: -

hätte, ein aufklärendes Rundschreiben herauszugeben.

Dienstverpflichtungen und unberechtigtes Verlassen
der Arbeitsplätze.

Über die Schwierigkeiten bei den Dienstverpflichtungen und das unberechtigte Verlassen der Arbeitsplätze ist diesem Lagebericht ein Sonderbericht aus Drontheim beigefügt, der auch im wesentlichen für die anderen Gebiete Norwegens zutrifft.

In Vertretung:


SS-Sturmabführer.

Luffen Landvord!

Anlage zu Meldungen aus Norwegen.

Zwangsausschreibungen von norwegischen Arbeitern.

Das Arbeitwamt Drontheim hat bisher rund 500 Mann aus kriegswichtigen Betrieben für vordringliche Arbeiten zwangsausgeschrieben. Die Arbeitskräfte wurden grösstenteils aus den Fischkonservenfabriken und sonstigen fischverarbeitenden Betrieben gezogen. Daneben wurden Arbeiter aus der Konfektions-, Kolonial-, Parfumerie- und Brauereibranche entnommen. Diese Arbeiter setzen sich zum Teil aus Facharbeitern dieser Berufsgruppen zusammen. Von Seiten der Betriebe, die von der Abgabe von Arbeitskräften betroffen worden sind, sind keinerlei Beschwerden laut geworden. Anders verhält es sich bei den Arbeitgeberverbänden dieser Branchen, die sich des öfteren gegen die Abgabe ausgesprochen haben.

Etwa 200 Mann aus der Fischbranche wurden sofort an die Frostfilet A/S in Drontheim überwiesen, da dieselben fachlich eingearbeitet sind. Ausser dem Bedarf des Wehrwirtschaftsoffiziers Drontheim für Arbeiten in den Eisenbahnwerkstätten (38 Facharbeiter), und der Kriegsmarinewerft Drontheim (200 Mann), werden noch für die Fliegerhorstkommandantur, für die OT, für den Admiral Nordküste und verschiedene andere Dienststellen, dienstverpflichtete Arbeiter benötigt. Eine weitere Freistellung von Facharbeitern ist kaum mehr möglich, wenn weittragende Unstimmigkeiten vermieden werden sollen.

In einer Direktorsverordnung vom 6.1.42 hat das Polizeidepartement dem Sozialdepartement mitteilen lassen, dass Angehörige des zivilen Luftschutzes, sowie Eisenbahnarbeiter, nicht zur Dienstverpflichtung herangezogen werden dürfen. Diese Verordnung wirkt sich auf die Zwangsausschreibung ausser hemmend aus. Weiter steht eine Menge kleiner und auch grösserer Privatbetriebe bereits mit der deutschen Wehrmacht in einem Arbeitsverhältnis, so dass diese heute von der Abgabe von Arbeitskräften von vorneherein ausscheiden.

Den

- 2 -

Den dienstverpflichteten Arbeitern steht der Beschwerdeweg zum Fylkesmann offen, der aber in 99 von 100 Fällen unberücksichtigt bleibt.

Unberechtigter Wechsel des Arbeitsplatzes durch norwegische Arbeiter.

Im Arbeitseinsatz ist die unberechtigte Lösung des Arbeitsverhältnisses durch die Arbeiter und die Abwanderung derselben an andere Arbeitsplätze eines der zurzeit schwierigsten Probleme.

In Drontheim selbst hat diese Arbeitssabotage dank eingehender Aufklärung und durch Plakatanschläge auf den Baustellen, wobei eingehend auf die Folgen und auf die harte Bestrafung hingewiesen wird, sowie durch strenges Zurrechenschaftziehen der Betreffenden selbst, nicht die Formen angenommen bzw. beibehalten, wie in den anderen Fylken des Dienstbereiches. In den Monaten März, April und Mai haben im Bereich Drontheim viele Arbeiter unerlaubt ihren Arbeitsplatz verlassen. Am stärksten in Mitleidenschaft gezogen wurde die Firma Sager & Wörner, bei der im März etwa 350, im April 100 und im Monat Mai 160 Arbeiter verschwunden sind. Dank der oben geschilderten Arbeit der zuständigen Behörden bezifferte sich am 27. Juni die Zahl dagegen nur noch auf 25 Mann. Durch die Abwanderung betroffen wurden noch weitere 5-6 Firmen, bei denen es sich im allgemeinen nur um 5-10 Mann handelt. Von den Wehrmachtsbaustellen und dem Bauabschnitt der Nordlandbahn im Bereich Mosjøen, sind in den letzten 3 Monaten rund 500 Arbeiter, die Zahl ist nicht zu hoch gegriffen, von ihren Arbeitsstätten weggelaufen. Durch den Einsatz der russischen Zivilarbeiter bei der Frostfilet A/S Bodø wurden 238 Arbeiter für einen anderen Arbeitseinsatz frei. 100 Mann von diesen waren für Hammerfest vorgesehen, bis Mitte Juni sind jedoch nur 60 Mann dorthin abgereist. Die restlichen 138 Mann sollten bei Wehrmachtsbauvorhaben im Bereich Bodø eingesetzt bzw. Privatfirmen zur Verfügung gestellt werden. 50 % hier-

von

von sind jedoch, ohne die Aushändigung des Schlusscheines und der eingezogenen Legitimationspapiere durch die Frostfilet abzuwarten, eigenmächtig nach Südnorwegen gefahren, um sich dem weiteren Einsatz in oder bei Bodö zu entziehen.

Wie bei der Frostfilet A/S Bodö, wurde auch bei anderen Firmen festgestellt, dass die Arbeiter vielfach unter Zurücklassung ihrer Papiere und ohne Schlussbescheinigung den Arbeitsplatz verlassen, so dass der Arbeitgeber nicht unterrichtet ist, ob Krankheits- oder sonstige Dringlichkeitsgründe vorliegen, oder ein absichtliches Verlassen des Arbeitsplatzes in Frage kommt. Somit ist die Firma vorläufig zum Abwarten verurteilt und gibt erst nach Ablauf von 8 Tagen eine Meldung der betreffenden Personen an das Arbeitsamt mit der Bitte, den Aufenthaltsort der Norweger festzustellen und sie ihrem Arbeitsplatz zurückzuführen. Bei den obengenannten Arbeitern der Frostfilet A/S Bodö wurde sogar festgestellt, dass die Mehrzahl derselben im Besitze einer zweiten Legitimationskarte war, die sie sich unter Angabe des Verlustes der ersten bei einem Lensmann oder Polizeimeister unrechtmässig hatten ausstellen lassen. (Die norwegischen Behörden sind davon unterrichtet).

Die geordnete Rückführung dieser Arbeitskräfte durch das Arbeitsamt in ein neues Arbeitsverhältnis stösst auf ungeheure Schwierigkeiten infolge Unzulänglichkeit der jetzigen Arbeitsgesetze und des polizeilichen Meldewesens, und unverantwortlichen Handelns deutscher und norwegischer Dienststellen und Betriebe. Fast jeder Arbeitgeber hat heute das Bestreben, Arbeitskräfte zu bekommen, gleich, auf welchem Wege, Ein zentral geleiteter, planvoller Arbeitseinsatz, wird dadurch immer wieder hintertrieben.

Die Suche nach den Arbeitsflüchtigen gestaltet sich aber auch äusserst zeitraubend. In den meisten Fällen werden die Arbeiter erst nach Monaten festgestellt und sind somit dem Arbeits-

einsatz

berichts
ung!

- 43 -

einsatz entzogen. Andererseits sind den Arbeitern die vielen Lücken in den Gesetzen und Verordnungen genauestens bekannt, die von ihnen weitgehendst ausgenützt werden.

Nach erfolgter Feststellung der Arbeitsflucht erfolgt die Meldung an die Arbeitsvermittlung durch den Betrieb, die an sich schon nicht von allen Firmen einheitlich durchgeführt wird. So werden Fahndungsmeldungen abgegeben an die Arbeitskontore, die Dienststellen des RK, und an die Dienststellen der deutschen und norwegischen Polizei. Eine einheitliche Regelung ist hier unbedingt erforderlich.

Beispiel: Eine Fahndungsmeldung wird beim Arbeitsamt Drontheim abgegeben. Infolge Arbeitsüberlastung kann die Meldung dort erst nach einigen Tagen bearbeitet werden. Der in Drontheim wohnhafte Arbeiter wird dann schriftlich aufgefordert, sich innerhalb von 4 Tagen beim Arbeitsamt in Drontheim zu melden. Erfolgt eine Meldung in der vorgeschriebenen Zeit, wird der Betreffende ohne Bestrafung seinem Arbeitsplatz wieder zugeführt. Da die Arbeiter auf diese Art und Weise kein Risiko eingehen, kommt es nicht selten vor, dass sie innerhalb kurzer Zeit zwei- bis dreimal unerlaubt vom Arbeitsplatz fernbleiben. Arbeiter, die sich nach Ablauf der 4 Tage nicht zurückgemeldet haben, müssen dem Arbeitsfylkeskontor gemeldet werden, da das Arbeitsamt Drontheim nicht selbständig mit den Polizeibehörden in Verbindung treten darf. Das Fylkeskontor beauftragt das Polizeipräsidium mit der Fahndung nach den Arbeitern, das sie dem Arbeitskontor zuzuführen hat.

Weitaus schwieriger und umständlicher liegen die Verhältnisse, wenn die betreffenden Arbeiter nicht im Bereich des für die Arbeitsstelle zuständigen Arbeitsamtes wohnen, oder, wie es bei den meisten zutreffend ist, sogar in anderen Fylken wohnhaft sind.

Die z.B. nicht im Drontheimer Bezirk wohnhaften Arbeitsflüchtigen werden vom Arbeitskontor Drontheim an das Fylkeskontor

Sörtrøndelag

- 43 -

einsatz entzogen. Andererseits sind den Arbeitern die vielen Lücken in den Gesetzen und Verordnungen genauestens bekannt, die von ihnen weitgehendst ausgenützt werden.

Nach erfolgter Feststellung der Arbeitsflucht erfolgt die Meldung an die Arbeitsvermittlung durch den Betrieb, die an sich schon nicht von allen Firmen einheitlich durchgeführt wird. So werden Fahndungsmeldungen abgegeben an die Arbeitskontore, die Dienststellen des RK, und an die Dienststellen der deutschen und norwegischen Polizei. Eine einheitliche Regelung ist hier unbedingt erforderlich.

Beispiel: Eine Fahndungsmeldung wird beim Arbeitsamt Drontheim abgegeben. Infolge Arbeitsüberlastung kann die Meldung dort erst nach einigen Tagen bearbeitet werden. Der in Drontheim wohnhafte Arbeiter wird dann schriftlich aufgefordert, sich innerhalb von 4 Tagen beim Arbeitsamt in Drontheim zu melden. Erfolgt eine Meldung in der vorgeschriebenen Zeit, wird der Betreffende ohne Bestrafung seinem Arbeitsplatz wieder zugeführt. Da die Arbeiter auf diese Art und Weise kein Risiko eingehen, kommt es nicht selten vor, dass sie innerhalb kurzer Zeit zwei- bis dreimal unerlaubt vom Arbeitsplatz fernbleiben. Arbeiter, die sich nach Ablauf der 4 Tage nicht zurückgemeldet haben, müssen dem Arbeitsfylkeskontor gemeldet werden, da das Arbeitsamt Drontheim nicht selbständig mit den Polizeibehörden in Verbindung treten darf. Das Fylkeskontor beauftragt das Polizeipräsidium mit der Fahndung nach den Arbeitern, das sie dem Arbeitskontor zuzuführen hat.

Weitaus schwieriger und umständlicher liegen die Verhältnisse, wenn die betreffenden Arbeiter nicht im Bereich des für die Arbeitsstelle zuständigen Arbeitsamtes wohnen, oder, wie es bei den meisten zutreffend ist, sogar in anderen Fylken wohnhaft sind.

Die z.B. nicht im Drontheimer Bezirk wohnhaften Arbeitsflüchtigen werden vom Arbeitskontor Drontheim an das Fylkeskontor

Sörtrøndelag

- 5 -

Sørtrøndelag weitergegeben. Das Fylkeskontor gibt dann die gesuchten Arbeiter an die dafür zuständigen Fylkeskontore im Lande weiter. Die Fylkeskontore schreiben dann an die einzelnen Vermittlungskontore und dieses wiederum an das zuständige Polizeiorgan. Oft ist der Lensmann, meist ohne genügende Hilfskräfte, mit Arbeiten aller Art überhäuft. Durch den langen Behördenweg sind dann bis zur Aufnahme der eigentlichen Fahndung schon einige Wochen verstrichen. Ist dann ein Arbeiter nach 3-4 Monaten unter unendlichem Arbeitsaufwand gefunden worden, so wird ihm nach den geltenden Bestimmungen im Höchsthalle eine Strafe von 300,- Kronen auferlegt.

In vielen Fällen waren die Gesuchten nicht am Wohnort anzutreffen und konnten bis heute trotz monatelanger Fahndung noch nicht ermittelt werden. Dies wird verständlich, wenn man in Betracht zieht, dass eine grosse Anzahl solcher Elemente bei einer der vielen, nicht zugelassenen und daher schwarz als Subunternehmer arbeitenden, neugegründeten Firmen, oder auch bei einer Wehrmachtsdienststelle, unter Angebot eines höheren Stundenlohnes, (bis zu 4,- Kr. pro Stunde), und besserer Verpflegung bereits wieder in ein neues Arbeitsverhältnis eingetreten ist. Ein Schlusschein des letzten Arbeitsgebers oder eine Arbeitsanweisung des Arbeitsamtes wird bei derartigen Einstellungen nicht gefordert. Darüber hinaus erfolgt durch den neuen Arbeitgeber natürlich auch keine Anmeldung. dieser "schwarzen" Arbeitskraft bei der Arbeitsvermittlung. Der Mann bleibt weiter der Erfassung entzogen, die nach ihm eingeleitete Fahndung kostete grosse Behördenarbeit und ist doch erfolglos. So wurde dieser Tage in Drontheim eine dieser neugegründeten Firmen festgestellt, die ungefähr 45 Arbeiter beschäftigt. Eine Unterstreichung des oben Ausgeführten ist die Tatsache, dass diese 45 Arbeiter durch keine Arbeitsvermittlung der Firma zugewiesen sind und auch bei keiner Stelle erfasst sind. Weiter kommt es nicht selten vor, dass z.B. ein Arbeiter seine Arbeitsstelle bei der

KMW.

KM.W. Drontheim aus irgendeinem Grund und ohne Schlusschein verlässt. Er geht dann z.B. nach Bergen und wird dort bei einer anderen Wehrmachtsdienststelle als Arbeiter angenommen. Die von Drontheim aus eingeleitete Fahndung hat Erfolg, die norwegische Polizei stellt den Mann in seiner neuen Stellung in Bergen fest. Sie kann aber, wie es dem Auftrage entspräche, den Mann nicht nach Drontheim zurückführen, da sie zum Einschreiten bei einer deutschen Wehrmachtsdienststelle nicht berechtigt ist. Also, die KM.W. Drontheim hat ihren Arbeiter verloren und setzt zur Fahndung den ganzen Behördenapparat in Bewegung, der deutsche Wehrmachtsbetrieb in Bergen deckt das ungesetzliche Verhalten des norwegischen Arbeiters. Neben dieser ungesetzmässigen Anwerbung von Arbeitern kommt es immer wieder vor, dass nicht nur norwegische, sondern auch deutsche Firmen und Wehrmachtsdienststellen einen übertariflichen Stundenlohn bezahlen, vielfach bis zu 2,- oder 3,- Kr., und damit die Arbeiter an sich ziehen. Ein weiterer Anreiz für die Norweger, bei der Wehrmacht zu arbeiten, ist die dortige gute Verpflegung.

Nach den bisherigen Bestimmungen kann ein Arbeiter, der unberechtigt seine Arbeitsstelle verlassen hat, mit einer Geldstrafe bis zu 500,- Kr. belegt werden. In den meisten Fällen wird aber nur auf eine Geldstrafe in Höhe von 75,- Kr. erkannt. Bei den heutigen Verdienstmöglichkeiten bedeutet jedoch ein derartiger Betrag für den Arbeiter keine empfindliche und abschreckende Strafe. Das Primäre bei der ganzen Angelegenheit ist aber, dass der auf Grund der Fahndung aufgegriffene Arbeiter nur mit einer lächerlichen Geldstrafe belegt, aber nicht an seinen früheren Arbeitsplatz zurückgebracht wird.

Hinsichtlich der Rückführung war es bis vor kurzem ganz gleichgültig, ob es sich um freivermittelte, oder um dienstverpflichtete Arbeiter handelte. In Drontheim wurde die Erfahrung gemacht, dass Arbeiter nach der Zustellung der Dienst-

- 7 -

blaua

Dienstverpflichtung, ohne ihre Arbeit anzutreten, einfach nach Oslo gefahren sind und dort eine andere Arbeit angenommen haben. Wurden sie dort aufgegriffen, bezahlten sie schlimmstenfalls eine Geldstrafe und konnten dann wieder arbeiten, wo sie wollten. Eine Meldung der Polizei an das nächste Arbeitsamt unterblieben. Durch ein mit Rundschreiben an die Arbeitsämter und Polizeimeister ergangene Verordnung des Arbeitsdirektorates vom 28.6.42, ist dieser Misstand nun dahingehend behoben worden, dass dienstverpflichtete Arbeiter in jedem Falle an ihren früheren Arbeitsplatz, den sie unberechtigt verlassen habe, zurückzubringen sind. Wieweit es der norwegischen Polizei möglich sein wird, auch die dienstverpflichteten Arbeiter, die unberechtigt in der Zwischenzeit ein neues Arbeitsverhältnis bei einer Wehrmachtsdienststelle oder sonstigen deutschen Dienststelle eingegangen sind, ihrem früheren Arbeitsplatz wieder zuzuführen, muss die Praxis ergeben. Die sofortige Rückführung der freivermittelten Arbeitsflüchtigen ist durch die neue Verordnung des Arbeitsdirektorates nicht verfügt. In diesen Fällen läuft der bisherige unhaltbare Zustand wie früher weiter.

Als Gründe für die unberechtigte Lösung des Arbeitsverhältnisses, die in manchen Gebieten ein erschreckendes Ausmass angenommen hatte, werden von den Arbeitern die verschiedensten Motive, zum Teil berechtigt, angeführt. Meistens wird als Begründung schlechte Verpflegung und Unterkunft, besonders bei den grossen Baustellen der Nordlandbahn der Nordag-Betriebe usw., angegeben, wobei die Klagen teilweise mit Recht vorgebracht werden. Andere wieder, die nach auswärts verpflichtet oder angewiesen sind, kehren an ihren Wohnort zurück, weil sie an der Arbeitsstelle als Verheiratete nicht den vollen Lohn aus-

bezahlt

bezahlt erhalten. Zu einem grossen Teil dürfte jedoch auch die Frühjahrsbestellung zur Abwanderung der Arbeiter beigetragen haben, da die meisten einige kleine Äcker zu Hause haben, deren rechtzeitige Bestellung ohne den Mann in Frage gestellt gewesen wäre.

Nach Ansicht Drontheimer Fachleute kann eine Besserung des gesamten Arbeitseinsatzes nur durch eine grundlegende Änderung der heutigen Arbeitsgesetze erreicht werden. Die Einführung des Arbeitsbuches ist dringend erforderlich. Andererseits wird hier von verschiedenen Seiten immer wieder darüber geklagt, dass den verantwortlichen norwegischen Stellen in Oslo grösstenteils jegliche praktische Erfahrung, aber auch das Verständnis für den Arbeiter mangelt.

Rey

Jr.

A.O.K. Norwegen (1c)

Eing: 23 JUL 1942

Nr.:

Anl. 33143/42

200

20
VII

Anlage zum Lagebericht Nr. 42

AM/IIA

Schwedische Presse.Meldungen über Norwegen.

Im besonderen Masse wird in der schwedischen Presse die Bischofsordination in Oslo vom Sonntag, dem 28. Juni 1942 behandelt. In kurzen Meldungen wird zunächst darauf hingewiesen, daß der norwegische Kirchenstreit jetzt neue Nahrung durch die völlig ungerechtfertigte Einsetzung zweier Bischöfe erhalten habe. Bereits am Sonntag vor der Ordination sei in Vaar Frelsers Kirke ein Aufruf verlesen worden, wonach keiner der drei Pfarrer dieser Kirche an der Ordination teilnehmen werde. Es sei heute soweit gekommen, daß das einzige Mittel der Verständigung zwischen den Pfarrern und Behörden die Presse sei. Alle Schreiben und Telegramme würden nämlich von den Pfarrern den Behörden zurückgeschickt.

Schon am Montag, dem 29. Juni, bringt "Dagens Nyheter" ausführliche Berichte über die Ordination und über die sich daran anschließende Reaktion. In fast allen Kirchen des Landes sei am gleichen Nachmittag ein Protest gegen die Ordination verlesen worden. Gleichzeitig sei an den neuen Bischof Frøisland ein Brief von den ehemaligen 110 Pfarrern des Osloer Stifts gerichtet worden, in welchem Bischof Berggrav weiterhin als der norwegische Bischof betrachtet wird. Bischof Frøisland dagegen werde sich als einsamer Mann fühlen. - In der am nächsten Tage stattfindenden Kirchenratssitzung unter Quislings Leitung seien Gegenmaßnahmen zur Bekämpfung der Opposition, die etwa 95% aller norwegischen Pfarrer umfasse und von einem 6-Männer-Ausschuß geleitet werde, beraten worden.

Am 2. Juni behandeln die Stockholmer Zeitungen einen Amnestievorschlag der Quislingbehörden. Danach sei Berggrav eine theologische Professur an der Osloer Universität angeboten worden, Berggrav habe aber abgelehnt.

- 2 -

Am selben Tage führen die Zeitungen auch Einzelheiten über Schwierigkeiten an, mit denen die Behörden zu kämpfen hatten, um Zutritt zur Vaar Frelser's Kirke zu erhalten. Propst Hygen habe den Schlüssel zur Kirche nicht herausgeben wollen. Bei einer Haussuchung beim Kirchenwärter sei von der Staatspolizei der Kirchenschlüssel beschlagnahmt worden. Propst Hygen habe ebenfalls eine Haussuchung über sich ergehen lassen müssen. Das Kirchendepartement beabsichtige nun, gegen die Kirchenangestellten wegen "Arbeitsniederlegung" vorzugehen ("Stockholms Tidningen" vom 2.7.1942).

"Dagens Nyheter" vom 3.7.42 teilt mit, daß auch in Bergen der dortige Dompropst seine Kirche zu einer Pfarrer-Ordination nicht zur Verfügung gestellt habe. Alle Drohungen gegen den Propst wie auch gegen die übrigen Kirchenangestellten hätten nichts gefruchtet, so daß die Ordination in einer anderen Kirche habe vorgenommen werden müssen.

Am 9.9. bemerken übereinstimmend die Stockholmer Zeitungen, daß weitere beabsichtigte Bischofsordinationen wegen des allgemeinen Widerstandes der norwegischen Pfarrerschaft aufgeschoben worden seien.

In einem kurzen Leitartikel bezeichnet "Stockholms Tidningen" den Kampf der norwegischen Oppositionspfarrerschaft als einen Kampf für die volle Freiheit, das Evangelium und die jegliche Gewalt ablehnende Liebeslehre zu verkünden.

Über Quislings Stellungnahme zu den christlichen und theologischen Problemen schreibt "Nordens Karlsson" in einer Glosse in "Sozialdemokraten" vom 2.7. unter der Überschrift "Die Last der Macht" u.a. folgendes:

"...Seit der Errichtung des arischen Sonnenkreuzes als weltliches Zeichen weit nördlich des Walplatzes Odins im Norden, Uddevalla, hätte man einen jähren Schluß der Macht des Judentums über die arischen Seelen erwarten können. Aber was tut Quisling stattdessen? Wenn die Christenpfarrer nicht auf das Donnern seiner Stimme hören, wird er wie ein Chorknabe ganz weich in der Stirme und sucht Zuflucht - ratet wo? Bei den jüdischen Evangelisten und Propheten!"

- 3 -

Zur innerpolitischen Lage wie auch zur Lage innerhalb der NS werden einige Meldungen gebracht, die größtenteils aus der norwegischen Presse entnommen sind.

Darüber hinaus heißt es übereinstimmend in allen Zeitungen, daß das norwegische Polizeikorps mit über 1 100 Mann verstärkt worden sei, mit Hilfe derer alle Widerstandsbestrebungen niedergehalten werden sollen.

"Sozialdemokraten" und andere Zeitungen berichten am 25.6., daß es jetzt für NS-Mitglieder schwer sei, aus der Partei auszutreten, was z.B. Lensmänner und Polizeibeamte versucht hätten. Nun hätten aber zahlreiche Mitglieder von Ostnorwegen einen Trick gefunden: Sie zeigen sich im betrunkenen Zustande auf der Straße. Die Folge dieses Benehmens ist nach Quislings eigenen Bestimmungen die Entlassung aus der NS. -

"Stockholms Tidningen" vom 9.7. berichtet dagegen, daß zahlreiche NS-Mitglieder bereits aus der Partei ausgetreten seien, weil wertvolle Dokumente und Mitgliedslisten aus den NS-Kontoren verschwunden seien, wodurch sich die NS-Männer besonders beunruhigt fühlten. Das Verlangen nach Austritt aus der NS sei besonders durch den Zweifel am Ausgang des Krieges bedingt.

Zur Jugendarbeit meldet "Sozialdemokraten" vom 30.6., daß die Jugend unter Drohungen zum Jugenddienst gezwungen würde. In Tönsberg hätten so z.B. junge Mädchen die Aufforderung erhalten, sich beim NS-Kontor zu melden. Auf dem Aufforderungschein habe sich der Vermerk befunden, daß beim Nichterscheinen die Staatspolizei einschreiten werde.

Am 5.7. gab das amtliche schwedische Nachrichtenbüro T.T. eine Meldung heraus, daß die norwegischen Reeder dem Reichskommissar Terboven eine negative Antwort auf dessen Neuordnungsmethoden erteilt hätten. "Aftontidningen" bemerkte bereits am 30. Juni, daß Terbovens Rede bei der Presseveröffentlichung durch Auslassung aller scharfen Äußerungen und Drohungen "frisiert" worden sei.

Der Lehrerstreit scheine "Stockholms Tidningen" vom 5.7. zu Folge wieder aufzuleben. Die NS-Behörden seien nämlich dazu übergegangen, den Lehrern, die sich unter Druck in den Lehrerverband gemeldet hätten, politische Order zu erteilen. Der Widerstand der Lehrer sei deshalb wieder stärker geworden. "Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning" vom 27.6. bringt einen längeren Artikel zum Kampf der Lehrer und bezeichnet ihn als einen Kampf für Schule und Freiheit. Die Heimatfront in Norwegen halte Stand.

Zur Neuordnung im Industrieverband meldet "Aftontidningen" vom 2.7., daß es sich wieder einmal zeige, wie groß die Macht Hagelins sei. Im Industrieverband habe die NS die Besetzung aller wichtigen Posten durch NS-Männer gefordert. Dem deutschorientierten Direktor V o g t, der diese Forderung abgelehnt habe, habe Hagelin absetzen lassen.

Zu den Äußerungen des norwegischen Pressedirektors B e g g e r u d über die norwegische Presse, wonach 80 norwegische Zeitungen seit der Neuordnung eingestellt wurden und 85% der norwegischen Presse der NS unterstehen, werden keinerlei Kommentare gebracht. Nur "Sozialdemokraten" vom 5.7. bringt eine große Zeichnung, auf welcher Quisling auf einem Friedhof sitzend zu sehen ist. Neben Quisling erhebt sich ein großer Grabstein, auf dem folgende Worte zu lesen sind: "Hier ruht die norwegische Druckfreiheit". Quisling selbst, der "Fritt Folk" in den Händen hält, bemerkt: "Es sollte ja eigentlich mit einer Zeitung in diesem Lande genug sein."

Die wirtschaftliche Lage Norwegens wird sehr düster dargestellt. "Sozialdemokraten" deutet verschiedentlich an, daß auf Grund des Lebensmittelmangels und des Mangels an Fett und C-Vitaminen die Gesundheit des norwegischen Volkes stark zu leiden habe.

Der Mangel an Lebensmitteln habe auch das Florieren der Schwarzen Börse mit sich gebracht. "Aftontidningen" vom 3.7. meldet z.B., daß selbst Minister Lunde unter Umgehung der Bestimmungen ein halbes Schwein habe räuchern lassen wollen. Für Quisling selbst habe der Landwirtschaftsminister 100 kg.

- 5 -

Weizenschl requirieren lassen. Minister Stang halte sich ohne die vorgeschriebene Anmeldung 2 Schweine. Minister Lippstad habe trotz der monatlichen Repräsentationssumme von 1 000 Kronen, die er als Kommissar des Arbeitgebervereins erhalte, den Kontor des Arbeitgebervereins eine Rechnung über 40 000 Kr. für Repräsentationszwecke zugestellt.

Andere Zeitungen berichten von einer Angelegenheit der "Schwarzen Börse" in Sarpsborg, in die der Fylkesfører Hoff und Ordfører Stenmark verwickelt sein sollen. Hoff habe jeden Morgen auf dem Wege ins Kontor ein grosses Schild mit einem nach seinem Hause zeigenden Richtungspfeil vorgefunden. Auf diesem Schilde hätten die Worte "Zur Fleischzentrale" gestanden. - In Nordnorwegen sei ebenfalls ein Fylkesfører in eine grosse Schmuggelaffäre verwickelt. Trotz des Versuches der Quislingsbehörden, derartige Fälle totzuschweigen, hätten die deutschen Behörden eine Aufrollung dieser Fälle und eine Reinigung der Partei von unsauberen Elementen gefordert. (U.a. "Svenska Dagbladet" vom 8.7.).

Im übrigen werden immer wieder Meldungen aufgegriffen, die schon früher verschiedentlich in ähnlicher Form gebracht worden sind, so über die Requirierung von Wohnungen und Krankenhäusern für die Wehrmacht, die Festsetzung von unzähligen Geiseln und die Festlegung norwegischer Küstenstädte (Tromsö). - Neu sind folgende Meldungen:

Auf einer Insel vor Bergen habe die deutsche Staatspolizei sämtliche Häuser in Asche legen und alle männlichen Bewohner in Haft nehmen lassen. In Namsos sei für drei Monate ein Kinverbot erlassen worden ("Stockholms Tidningen" 10.7.42). -

Die Löhne norwegischer Arbeiter in deutschen Festungsgebieten seien stark gesenkt worden. Bisher hätte ein Arbeiter bis zu 500 Kronen in der Woche verdienen können. Jetzt aber würden die norwegischen Arbeiter von den deutschen Behörden "requiriert" und dementsprechend bezahlt.

Die Tätigkeit schwedischer Vereinigungen in Bezug auf Sympathieerklärungen für den norwegischen "Freiheitskampf" war in der

Berichtszeit gering. Bekannt wurde bisher nur die am 2.7. in K. l. stattgefundene Veranstaltung des "Freien christlichen Seminaristen- und Lehrerverbandes", auf der besonders den norwegischen Volksschullehrern Beachtung geschenkt wurde.

Am Donnerstag, dem 9. Juli, begann in der schwedischen Stadt Vadstena ein nordisches Treffen, das durch die Initiative einiger im Norden interessierter Schweden und Norweger, unter ihnen Rektor Karl Petander, Frau Eleonor Lilliehöök und die norwegischen Lektoren Phillip Houm, Stockholm, und Ivar Benum, Uppsala, zustande kam. Das Landeskomitee für die Norwegenhilfe (Fredrik Ström) habe die Teilnahme norwegischer Studenten besonders durch finanzielle Zuschüsse ermöglicht.

Auffallend zahlreich sind in letzter Zeit die Besprechungen von Büchern in Norwegen lebender sowie vor allem emigrierter norwegischer Schriftsteller. Besondere Beachtung findet z.Zt.

Nils Johan Ruud, der jetzt das gleiche Schicksal teile wie der seit langer Zeit in Haft sitzende norwegische Dichter Arnulf Overland. Ruuds Roman "Die Jagd und die Frau" (in Norwegen verboten) erscheint demnächst in einer schwedischen Zeitung. - Gleichfalls wird in Anlehnung an den norwegischen Kirchenstreit das Buch "Med Gud i Mörkret" (in Norwegen nicht verboten) eifrig besprochen. In diesem Buch befinden sich Predigten von Berggrav, Ronald Fangen und anderen.

Das Buch des Amerikaners John Steinbeck "The moon is down" (Der Mond ist untergegangen) wird in "Sozialdemokraten" vom 27.6. einer ausführlichen Besprechung unterzogen. Obwohl der Inhalt dieses Romanes nicht unmittelbar die Gegenwart behandelt, versucht der Besprecher, eine Schilderung der Zustände in den von Deutschland besetzten Gebieten, besonders Norwegen, herauszulesen. Es sei selbstverständlich, daß in einem solchen Buche ein Quäntchen nicht fehlen dürfte.

Auffallend ist die Sympathie, die der schwedische Universitäts-
kanzler Östen Undén in der sozialdemokratischen Presse genießt. Seine Äußerungen über das angeblich völkerrechtswidrige Vorgehen der deutschen Behörden in Norwegen werden mit besonderer Vorliebe wiedergegeben. - Von der gleichen Presse wird Undén für den Fortsetzer des schwedischen Außenministers, der durch den "unfähigen" jetzigen Außenminister Günther nicht in wünschenswerter Weise erfüllt werde, gefordert.

Bundesarchiv

Bundesarchiv

R 076 /000009

fol. 1-

Deutsche Polizeiverordnungen in Norwegen

Nr. 43 - 46

Aug.-Okt.
1942

Meldungen aus Norwegen in folgender Gliederung:

- A.) Allgemeine Lage
- B.) Gegner
- C.) Lebensgebiete (Kultur, Verwaltung und
Recht, Wirtschaft)

Deutsche Polizeiverordnungen in Norwegen

Nr. 43 - 46

Aug.-Okt.
1942

Meldungen aus Norwegen in folgender Gliederung:

- A.) Allgemeine Lage
- B.) Gegner
- C.) Lebensgebiete (Kultur, Verwaltung und
Recht, Wirtschaft)